

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Aus.

**Abonnementspreis** 50 Wg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal, 4,50 Mk. pro Jahr.  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzeln Nummern 1 Mark.

**Anzeigen** kosten die nebengefaltene Kolonelle resp. deren Raum 1.— Mark.  
Bei 5maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphen-Adresse: **Glück-Aus Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.  
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Essen.**  
Druck u. Verlag von **Gandmann & Co., Bochum, Wismarstraße 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

# Wahrung Kameraden!

Aus mehreren Bezirken erhalten wir Nachricht von vorgekommenen **Lohnverschlechterungen**. Auf Beschwerden erklärten die Beamten, die „gute Zeit“ sei „vorbei!“ Danach soll sich dasselbe Spiel wie 1900 wiederholen. Damals waren auch wie jetzt die Preise für Kohlen, Roßs und Briketts erheblich gestiegen, wurden noch weiter erhöht; gleichzeitig wurden aber die **Gedinge und Löhne reduziert**. Kameraden, um die Wiederkehr der Lohnrückerei gleich 1900 zu verhindern, muß nun sofort die **Öffentlichkeit** auf die Vorgänge im Bergbau aufmerksam gemacht werden. Das muß **schnell und energisch** geschehen, damit Schlimmerem vorgebeugt wird. Veruft deshalb überall wo nur möglich **öffentliche Bergarbeiterversammlungen** ein, mit der Tagesordnung: **Verteuern die Bergarbeiterlöhne die Kohlen? Welchen Nutzen hat der Bergmann von der guten Geschäftslage?** Bereitet diese Versammlungen gut vor, agitiert für starken Besuch, insbesondere der noch unorganisierten Kameraden, denen noch nicht klar ist, was auf dem Spiele steht. Der Öffentlichkeit muß gesagt werden, wer die Kohlenvertheuerung verschuldet. Wir fordern alle Ortsverwaltungen und Bezirksleiter auf, ohne Säumen in die Agitation zur Abwehr der Lohnrückerei einzutreten. In manchen Bezirken ist eine große Gleichgültigkeit gegen die Schädigung der Arbeiterinteressen eingerissen. Gerade aus solchen Bezirken laufen die meisten Klagen von Belegschaftsmitgliedern über Werksmißstände ein! Wenn die Gleichgültigkeit nicht aufhört, werden wir schließlich dieselben Erfahrungen wie 1904 und 1905 machen. Kameraden lernet endlich aus der Vergangenheit! Hofft nicht auf andere Hilfe, vertraut nur auf die **Selbsthilfe!** Beseitigt den verderblichen Schlendrian, **legt alle mit Hand an** für die Ausbreitung des Verbandes. **Mittelt die Schläfrigen auf**. Vorwärts heißt unsere Parole! Vorwärts müssen wir zum Heile der Kameradschaft! Wer zurückbleibt unterstützt die Feinde der Arbeiterschaft.

## Streikbrecher.

**Streikbruch — du Wort, das alle Schande faßt,**  
Denn wer dich übt ist auf sich selbst verhaßt  
Und Mörder seiner eignen Ehre.  
Das Elend bringt er und die schlimme Not,  
Den Hungernden stiehlt er das letzte Brot  
Und bricht den Kämpfenden die Wehre. —

**Und, hinterhina, dem falschen Judas gleich,**  
Ein echter Bravo, führt er seinen Streich,  
Dem Arbeitsbruder zubeistimmend,  
Beschützt, gedeckt von starker Söldnerschar,  
Die ängstlich wacht, daß selber ihm kein Haar  
Am eignen Leibe wird gekrümmt. —

**Und so, ihr wackern Knappen an der Ruhr,**  
Zieh'n Hunderte von unsrer Heimatflur  
Zur Niederlaufft als des Streikbruchs Knechte.  
Sie bringen dort das Elend und die Not,  
Sie stehen dort dem Hungernden das Brot  
Und blühteln nieder unsrer Brüder Rechte. —

**Das füllt die Seele mir mit Grimm und Gram**  
Und meine Wangen brennt das Rot der Scham  
Ob solcher Niedertucht aus eignen Reihen.  
Anstatt zu helfen noch durch Wort und Tat,  
Ueb't Treubruch man und tückischen Verrat  
Und andre Frevel, die zum Himmel schreien. —

**Von drüben hallt der Brüder Notruf laut,**  
So grell und scharf, daß mir die Seele graut:  
Streikbrecher schickt die Ruhr, uns zu verderben! —  
Helft, Knappen, helft, daß dieser Ruf verhallt,  
Daß er nicht mehr zu uns herüberhallt  
Und schickt sie heim, die für den Streikbruch werben.

im Juli, während 1906 in der nämlichen Periode der Preis unter Schwankungen von 182,52 Mk. auf 181,69 Mk. zurückgegangen war. Gegen 1906 beträgt die Juli-Steigerung rund 15 Prozent, also die Hälfte der Mogensteigerung.

Schlimmer noch steht es, wenn wir zum Vergleich die Preise für den Monat März im Jahre 1905 zum Monat Juli 1907 heranziehen. Der **Moggenpreis** stieg in diesem Zeitraum pro Tonne um 65,21 Mk. Diese Steigerung zeigt sich nicht nur in der Reichshauptstadt, sondern auch außerhalb in den Provinzen, besonders stark aber in den Industriegebieten. Der **Vollkornbrot** droht ernstlich Gefahr, umso mehr, als wir in diesem Jahre noch obenbrein ein schlechtes Erntejahr haben. Hinzu kommt noch, daß sich in der Grenzsperr- und Zollpolitik die Wirkungen zeigen. Sie hemmt die Einfuhr billigerer Nahrungsmittel. Dieser Tatsache können sich selbst die christlichen Arbeiter nicht verschließen, wie ihre Kundgebungen in Versammlungen und der Presse zeigen!

Nicht nur die fortgesetzte Teuerung, die auch nicht nachzulassen scheint, bedroht die Arbeiterklasse, sondern wir stehen auch am **Torschluß** der wirtschaftlichen Hochkonjunktur. Die **wirtschaftliche Krise** hält ihren Einzug auch in der heimischen Industrie. Die **Wartstätigkeit** in diesem Jahre war eine schlappe; vornehmlich stark aber jetzt die **Geschäftslage** in der Eisenindustrie ein. Die Krise hier selbst wird noch verstärkt durch ein unverantwortliches Vorgehen der großen Eisen-Syndikate — der großen gemischten Werke gegen die Halbzeugfabrikanten wie durch die Politik des Kohlen-Syndikats. Trotzdem werden auch die bedeutenden Eisen-, Stahls- und Hüttenwerke von der Krise betroffen. **So hat die Firma Krupp-Essen bereits Hunderte von Arbeitern entlassen!** Wie mitgeteilt wird, sollen insgesamt 3000 Arbeiter entlassen werden. Ringend stehen es die „**Reinisch-Westfälische Zeitung**“, die „**Deutsche Bergwerks-Zeitung**“, die „**Industrie**“ und andere Werkorgane ein, daß die Aufträge in der Großindustrie nicht mehr so eingehen wollen, Preisrückgänge nicht nur schon eingetreten sind, sondern noch weiter anhalten werden. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt zeigt schon jetzt eine Zunahme der **Arbeitslosigkeit**, was soll das erst werden, wenn sich erst die ganze verheerende Wirkung der wirtschaftlichen Krise zeigen wird.

Geht es mit der Eisenindustrie zurück, wird auch die Kohlenindustrie in Mitleidenschaft gezogen werden. Die **stürmische Nachfrage** nach Kohlen ist nicht mehr vorhanden. Diese Tatsache steht gleichfalls fest. Aber wie gelangt es sich schlimmer auch in unserm Beruf, je mehr die Krise in den übrigen Industriezweigen an Umfang zunimmt.

heranzuholen, ist Pflicht unserer Kameraden. Immer denkt daran, daß die Organisation das beste Schutzartell bildet vor allzu harter Ausbeutung und Unterdrückung. Das gilt nicht nur für die Zeit der Hochkonjunktur, das gilt besonders für die Zeit der wirtschaftlichen Krise. Darum mit Mut und Ausdauer an die Agitationsarbeit, stärkt den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, erhöht eure Kraft! Macht euch für jede Zeit und jede Stunde schlagfertig!

## Der nationalliberale Parteitag und die Gewerkschaften.

Auf die Frage: **Welche politische Partei muß der Gewerkschaftler als Staatsbürger unterstützen?** wird jeder einsichtige Gewerkschaftler antworten: **Ich unterstütze diejenige Partei, die auch meine gewerkschaftlichen Interessen vertritt!** Eine Hand wäscht die andere. Wollen die politischen Parteien von den Gewerkschaftlern unterstützt sein, dann werden die Parteien ehrliche Arbeiterfreundschaft beweisen müssen. Den Gewerkschaftsmitgliedern muß durch ihre Presse und in den Versammlungen gesagt werden, wie sich die unterschiedlichen Parteien den gewerkschaftlichen Forderungen gegenüber verhalten. Den richtigen Schluß daraus als Staatsbürger zu ziehen, muß jedem Gewerkschaftsmitglied selbst überlassen bleiben.

Was für ein Urteil der ernsthafte Gewerkschaftler über die Haltung des in der ersten Oktoberwoche in Wiesbaden abgehaltenen Parteitages der Nationalliberalen fällen wird, ist uns nicht zweifelhaft. Wir reden nicht über „die hohe Politik“, sondern besprechen lediglich die den Gewerkschaftler direkt interessierenden Vorkommnisse in Wiesbaden.

Die Reichsregierung hat ein **Reichsvereinsgesetz** angekündigt, das, wenn es nach den Wünschen der Arbeiter ausfällt, mit allen mittelalterlichen Bestimmungen der jetzigen Landesgesetzgebung aufträumt. Aber dem stimmen sich alle Gewerkschaftsleute entgegen. Was es mit dem nach den Wahlen angekündigten „**freieren Kurs**“ auf sich hat, läßt eine Mitteilung erkennen, nach welcher das Reichsvereinsgesetz **Ausnahmegesetz** in dem Sinne gegen die Versammlungen enthalten soll, in denen auch in nichtdeutscher Sprache gesprochen wird!

Dieses **Ausnahmegesetz** richtet sich in erster Linie gegen die **polnischen Arbeiter**, aber auch den wallonischen, französischen, italienischen, tschechischen Arbeiter in Deutschland würde der Gebrauch ihrer Muttersprache unterbunden!

Da nun vornehmlich in unserer Bergbauindustrie sich die größte Ansammlung von nicht der deutschen Sprache mächtigen Arbeitern vollzog, so würde ein **Ausnahmegesetz** gegen diese Kameraden direkt ein Schlag gegen die Gewerkschaftsorganisation der Bergleute sein! Wird es verboten oder auch nur so gut wie unmöglich gemacht, in polnischer, italienischer, tschechischer, französischer usw. Sprache zu den versammelten Kameraden zu reden, dann ist diese notwendige gewerkschaftliche Agitations- und Organisationsstätigkeit **gebremst!**

Auf dem **nationalliberalen Parteitag** hat der Parteiführer Herr Abg. Bassermann das **Ausnahmegesetz** gegen die gewerkschaftlichen Organisationen begrüßt und die Herren Parteitagsdelegierten jubelten dem **Ausnahmegesetz** zu!

Was der Gewerkschaftler über solche Gewerkschaftsfeinde für ein Urteil fällen, versteht sich am Rande. Abgesehen von der gewerkschaftlichen Seite der Sprachfrage ist es auch an sich ein verdammenwertes Beginnen, einen Menschen schlechter zu behandeln, weil er der Landessprache nicht mächtig ist. Vollkommen unterschreiben wir, was unser **Verbandsvorsitzender Kamerad** Sachse in Salzburg auf dem **Internationalen Bergarbeiterkongress** über die **hatschische (polenfeindliche) preussische Regierungspolitik** sagte. Sachse erklärte:

„Der polnische Kamerad hat mit Recht gesagt, daß die preussische Regierung die Polen mit allen Nachmitteln unterdrücken will. Sonst hätte er nicht zugestehen müssen, daß wir gewerkschaftlich und vor unserem politischen Standpunkte den Polen **Recht** gegeben haben. Ich kann mir kein schmerzlicheres Unrecht denken, als wenn man die Muttersprache eines Volkes unterdrücken will. Wir geben seit Jahren eine polnische Verbandszeitung heraus. Unser Statut ist auch polnisch gedruckt. Wir haben polnische Agitatoren. Ich betone nochmals: Wir verwerfen die **hatschische Politik**, gleichviel woher sie kommt.“

Wenn die **Nationalliberalen** wirklich liberal, d. h. freiheitliche Politik trieben, würden sie keine **Ausnahmegesetze** gegen die

## Kameraden, schützt euch und eure Familien!

Es bedarf keiner großen Sehrgabe mehr, um festzustellen, daß trübe Tage über die deutsche Arbeiterschaft hereinbrechen werden. Seit etwa zwei Jahren hat die Teuerung in einer Weise eingesetzt, daß durch sie die „erhöhten“ Löhne völlig absorbiert worden sind. Selbst **Unternehmerorgane** geben dieses unumwunden zu. Nun suchen sie die Schuld für diesen Zustand in der deutsch-preussischen Wirtschaftspolitik in den gesetzgebenden Körperschaften wie auch in der Geldknappheit, dem hohen Zinsfuß des Geldes. Ob mit Recht, wollen wir hier nicht näher erörtern. Und genau die Tatsache, daß es selbst den **Wertschätzern** grant vor der zunehmenden Teuerung, Brot, Milch, Fleisch, Butter, Eier, Kartoffeln, Mehl, Hülsenfrüchte usw. haben eine Steigerung bis zu 25 Prozent und noch mehr erfahren. Ebenso steigerten sich die Preise für Feuerungsmittel, Hausgeräte, Kleider, Wäsche, Schuhwerk usw. Daß **Worten** und Steuern in die Höhe gingen, braucht nicht besonders betont werden. Nur ganz vereinzelte Bedarfsartikel dürften in Preise stehen geblieben sein oder sich nur unmerklich erhöht haben. Besonders stark zeigt sich die Steigung der wichtigsten Nahrungsmittelpreise, z. B. für Getreide. Der **Tomatenpreis** (1 Tonne = 20 Zentner) stellte sich in der Reichshauptstadt im Großhandelspreis wie folgt:

	März	April	Mai	Juni	Juli
1905	139,84	141,88	151,80	152,14	153,78
1906	161,07	162,88	161,54	157,52	155,36
1907	170,34	175,38	199,89	203,24	205,05

Zu Juli 1907 stand also der **Moggenpreis** um fast 30 Prozent höher als im Juli 1906. Nicht ganz so stark, aber doch ebenfalls ungewöhnlich kräftig ist der **Weizenpreis** und zwar ohne Unterbrechung von Januar ab gestiegen. Mit 179,83 Mk. pro Tonne setzte im Großhandel Berlins der Januarpreis ein und stieg bis auf 208,74 Mk.

**Kameraden aller Reviere!** Wir bitten euch, die heutige Lage nicht zu verkennen. Lebt nicht so gleichgültig in die Welt hinein. Was die nächsten Monate bringen, darf uns nicht überraschen. Wir wünschen nur, daß wir unrecht hätten, daß sich die Nachrichten der Werkpresse über die eingetretene Geschäftslage nicht bewahrheiteten, daß die Entlassungen bei Krupp und anderswo nur vorübergehende Erscheinungen sind, aber immer sollen wir an die Zukunft denken, immer uns sagen, daß mit einer Krise Lohnrückerei, Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend verbunden sind. Begünstigt durch die großen Streiks im Ruhrbecken und in den anderen Revieren wie durch die Lohnbewegung im vergangenen Jahr und schließlich auch durch den ständigen Arbeitermangel haben die Bergarbeiter ihren Lohn um ein geringes erhöhen können. Diese Erhöhung geht wieder fluten, wenn die Krise einsetzt. So zeigte es sich nach dem Jahre 1900, so war es immer. Die Schuterei wird größer, die Behandlung auf den Gruben schlechter, die Löhne geringer. Kameraden, **trefft Vorvororge**, damit die Wucht der wirtschaftlichen Krise nicht nur auf euch allein fällt. **Stärkt eure Organisation, den Verband der Bergarbeiter Deutschlands!**

Wir freuen uns, daß die Kameraden fast in allen Revieren zur Einsicht kommen und sich dem Verband anschließen. Wenn auch langsam, so steigt doch ständig die Mitgliederzahl des Verbandes. Aber viel zu langsam geht es noch. Hier müssen unsere Mitglieder eingreifen, Mann für Mann! In allen Revieren und Geschäftsstellen muß **schleunigst und tüchtig** mit der **Werbearbeit** für den Verband begonnen werden. Tausende und abertausende Bergarbeiter stehen uns abseits. Diese

nicht der deutschen Sprache mächtigen Arbeiter und Gewerkschaftler bejubeln.

Doch nicht genug damit: auch die gelben „nationalen Gewerkschaften“, die Streikbrecherorganisationen, sind auf dem nationalliberalen Parteitag begrüßt worden, obwohl ein Arbeiterdelegierter aus Dresden sich gegen die Gelben ausgesprochen hatte.

Sehr bezeichnend für den „gewerkschaftsfremdlichen Geist“ auf dem nationalliberalen Parteitag ist eine Episode, die wahrscheinlich noch ein Nachspiel haben wird. In Nr. 88 der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben wir den Parteitag evangelischer Gewerkschaftler aus dem Saargebiet abgedruckt. Die unbelehrbaren Leute hatten sich während der letzten Reichstagswahl eifrigst als Agitatoren der nationalliberalen Bergwerks- und Hüttenbesitzerkandidaten ins Zeug gesetzt.

„Die Burbacher und Wöllinger Hüttenwerke (zeitweise auch die Wechscher Hütte) haben nach getätigter Reichstagswahl mit den schädlichsten Mitteln wieder den Kampf gegen die christlich organisierten Arbeiter aufgenommen, gegen dieselben Arbeiter, denen man bei der Reichstagswahl alle möglichen „Wohltaten“ versprochen. Auf der Burbacher Hütte z. B. sind nach der Reichstagswahl wieder eine ganze Anzahl christlich organisierter Arbeiter gemahregelt worden. Darunter befinden sich die Arbeiter, die bei der Reichstagswahl eifrigst für den nationalliberalen Kandidaten Justizrat Volk agitiert haben.

Man begreift es einfach nicht, daß sich nach den Enttäuschungen des saarabrischen Terrorismus im Krümer-Hilgerprozess noch sogar Gewerkschaftsbeamte finden lassen, die als nationalliberale Wahlagenten der gerichtlichen Unterdrückungspraxis der nationalliberalen Parteiführer noch Vorstoß leisteten.

Man begreift es einfach nicht, daß sich nach den Enttäuschungen des saarabrischen Terrorismus im Krümer-Hilgerprozess noch sogar Gewerkschaftsbeamte finden lassen, die als nationalliberale Wahlagenten der gerichtlichen Unterdrückungspraxis der nationalliberalen Parteiführer noch Vorstoß leisteten.

Die „Rheinische Volkszeitung“ und die gleichfalls clerikale „Saarpost“ haben folgende, dann auch von der übrigen Presse aufgenommene Mitteilung veröffentlicht:

„Zum Vertretertag der nationalliberalen Partei haben die nationalen Arbeiter an der Saar folgenden Antrag gestellt: Der Delegiertentag wolle beschließen: 1. grundsätzliche Stellung gegen die „gelben“ Gewerkschaften zu nehmen; 2. Ausschluß derjenigen Herren aus der nationalliberalen Partei anzubahnen, welche den christlich-organisierten Arbeitern ihr Koalitionsrecht vorenthalten und die „gelben“ Gewerkschaften protegieren, da ein solches Verhalten weder „nationalen“ noch „liberalen“ Grundsätzen entspricht.

Auf diese Anfrage antwortete der Parteisekretär Herr Breithaupt: „Ein solcher Antrag ist nicht eingegangen. Auch haben sich keine Arbeitervertreter aus dem Saargebiet angemeldet!“

Hört! hört! Wo waren die angeforderten Wortführer der gemahregelten saarabrischen Gewerkschaftsmitglieder? Warum brachten sie ihre Anklagen nicht vor, damit der nationalliberale Parteitag sich dazu äußern würde?

Die „Rheinische Volkszeitung“ verteidigt sich gegen den Vorwurf des Schwindels mit der Angabe, die Mitteilungen über Mahreglungen „nationaler“ Arbeiter und die Absicht, diese Sache in Wiesbaden durch Vertreter der Gemahregelten zur Sprache zu bringen, entstammten tatsächlich den Kreisen evangelischer Gewerkschaftler im Saargebiet.

Die „Rheinische Volkszeitung“ verteidigt sich gegen den Vorwurf des Schwindels mit der Angabe, die Mitteilungen über Mahreglungen „nationaler“ Arbeiter und die Absicht, diese Sache in Wiesbaden durch Vertreter der Gemahregelten zur Sprache zu bringen, entstammten tatsächlich den Kreisen evangelischer Gewerkschaftler im Saargebiet.

Warum hat keiner der nationalliberalen Parteiführer in Wiesbaden die unbeschränkte saarabrische Mahregelungspraxis angegriffen? Warum hat keiner der nationalliberalen Parteiführer in Wiesbaden die unbeschränkte saarabrische Mahregelungspraxis angegriffen?

fürher verurteilt, daß ihre Parteigenossen in Saarabrien nach der Reichstagswahl sogar die „christlich-nationalliberalen“ Arbeiter gemahregelt haben wegen ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft? Der Skandal ist doch in ganz Deutschland bekannt und besprochen worden! Die Angeklagten haben ihre Mahregelungspraxis nicht bestritten.

Der nicht mit den Gewerkschaften ist, der ist gegen sie. Wer kein Wort der Verurteilung findet über den Verstoß gegen die Gewerkschaften, im Gegenteil noch Ausnahmefreiheit gegen die Gewerkschaftsbewegung zubilligt, von dem wird jeder auf die Gehung seiner wirtschaftlichen Angelegenheiten bedachte Arbeiter sagen müssen: Wägen und zu leicht gefunden!

**Berggesetzgebung und -Verwaltung.**

**Einrichtung von Rettungskolonnen auf den Gruben.**

Die Knappschäftsberufsgenossenschaft hat sich in letzter Zeit eingehender mit der Frage der Einrichtung von Rettungskolonnen auf den Gruben beschäftigt. Man sei, so wurde ausgeführt, zu der Überzeugung gekommen, daß die Knappschäftsberufsgenossenschaft auf diesem Gebiete aus freien Stücken recht bald vorgehen müssen, und nicht erst Vorschriften der Bergbehörde abgewartet werden sollen.

Im Bereich der Sektion I (Bonn) sind auf allen Gruben des Bezirkes der Königl. Bergwerksdirektion zu Saarbrücken Rettungsapparate im Gebrauch, mit deren Verwendung eine Anzahl ausgebildeter Leute in regelmäßiger wöchentlich oder alle 14 Tage stattfindenden Übungen vertraut gemacht wird.

In der Sektion II (Böschung) besitzen 103 Betriebe zusammen 610 Rettungsapparate. Die Zahl der ausgebildeten Rettungsmannschaften beträgt 2162. 44 Betriebe haben Rettungsapparate nicht getroffen. 15 von diesen Betrieben begründen die Unterlassung damit, daß Schlagmeter und Kohlenlauf bei ihnen nicht vorhanden seien und eine Brandgefahr infolge der natürlichen Feuchtigkeit der Grube nicht bestehe.

Sektion III (Lauterbach). Hier sind Vorrichtungen getroffen auf einem Steintohlenwerk, einem Braunkohlenwerk und 15 Kalifalzwerken. Zur Bedienung der Apparate sind insgesamt 144 Beamte und Arbeiter zu Rettungsmannschaften ausgebildet.

Sektion IV (Halle). Nähere Angaben über die Zahl der Apparate wie über die Zahl der ausgebildeten Rettungsmannschaften werden nicht gemacht, wohl aber wird ein Beschluß des Sektionsvorstandes mitgeteilt, der die Rettungseinrichtungen vorzieht; ebenso sind im Bereich der Sektion V (Waldenburg i. Schl.) wieder generelle noch sonstige Bestimmungen über das Rettungswesen getroffen.

Sektion VI (Tarnowitz D. Schl.). Der Sektionsvorstand beschloß, eine Zentrale für Rettungswesen in Oberschlesien zu errichten; die Aufwendungen dafür belaufen sich im ersten Jahre auf 72 350 Mark.

Sektion VII (Zwickau i. S.). Hier sollen in den einzelnen Bergbauvereinen Unfallhilfsstellen errichtet und unterhalten werden. Zur Deckung dieser Kosten wird durch die Sektion eine Anleihe bis zu 30 000 Mark aufgenommen.

Der bairische Landtag und die Bergarbeiter! Die sozialdemokratische Landtagsfraktion im Königreich Bayern hat seit Jahren geradezu bahnbrechend für ein Berggesetz zu wirken versucht. Man ging von dem richtigen Standpunkt aus, so lange ein Berggesetz keine Aussicht auf Durchsicht hat, zunächst die Landesgesetzgebung gründlich auszugestalten.

4. Herabsetzung der zulässigen Geldstrafen auf ein Mindestmaß und Ueberweisung der Strafsgelder an eine Arbeiterunterstützungsstelle, deren Verwaltung unter Zuguhlung eines Werkverträtters und unter Aufsicht der Bergbehörde dem Arbeiterausschuß zu unterstellen ist.

5. Mitwirkungsrecht des Arbeiterausschusses bei Streitigkeiten über die Festlegung der Schichtlöhne und Gehälter. 6. Staatliche Bestellung von Hilfskontrolleuren aus der Arbeiter-Schaft zur Unterstützung der Bergbehörden und Wahl dieser Hilfs-kontrolleure durch die Arbeiter.

7. Verpflichtung der Werkbesitzer zu Einrichtungen für Förderung der Gesundheit der Arbeiter, wie Wasch- und Badeanstalten, Verbandskassen, Vorrichtungen zum Transport Verletzter usw. 8. Verbot der Gründung von neuen Knappschäftsvereinen und Ver-schmelzung der kleinen Klassen zu einem leistungsfähigen Verband, Befreiung der Klasse der unständigen Knappschäftsmitglieder, Ver-pflichtung der Knappschäftsvereine, die Mitglieder anderer Knapp-schaftsvereine beim Eintritt in die Arbeit mit den Rechten zu über-nehmen, welche sich das Mitglied in dem bisherigen Verein erworben hatte.

9. Errichtung von zur schnellen Erledigung knappschäftlicher Streitfragen bestimmten knappschäftlichen Schiedsgerichten, sowie einer Oberinstanz, die zu gleichen Teilen aus Arbeitern und Werkbesitzern zu bilden sind. 10. In jedem Bergamtsbezirk ist zur Schlichtung von Lohn-streitigkeiten ein Vergewerbergericht zu errichten.

**Aus den Berggewerbegerichten.**

**Welchen Wert hat die Zulage eines Zechevertreter?**

Ein Arbeiter der Zeche Neumühl hatte seinen Lohn pro April d. J. zu fordern, konnte diesen aber trotz mehrmaliger Vorprache nicht erhalten. Sein Lohnbuch war nämlich einem andern verpfändet und der Lohn erhoben worden. Als nun der Lohn im guten nicht zu erlangen war, strengte der betreffende Arbeiter Klage am Berggewerbegericht zu Zwickau an.

Der bairische Landtag und die Bergarbeiter! Die sozialdemokratische Landtagsfraktion im Königreich Bayern hat seit Jahren geradezu bahnbrechend für ein Berggesetz zu wirken versucht. Man ging von dem richtigen Standpunkt aus, so lange ein Berggesetz keine Aussicht auf Durchsicht hat, zunächst die Landesgesetzgebung gründlich auszugestalten.



folgen und sieben Wege werden sie vor die Kniee. Dein Auge beobachtet sie nicht. Du sollst den Kopf der Wölfe bilden und nicht den Schweiß. Das Krepierte Vieh sollen sie den Fremdlingen verkaufen.

Jetzt frage ich den deutschen Michel, willst du noch mehr wissen, oder hast du genug an dem jüdischen Freimaurer und Rabbinder? Soll er noch länger unseren Bauernstand bedrücken, den Handwerkerstand und den kleinen Kaufmannstand vernichten, den Arbeiterstand ausbeuten? Soll noch länger Kummer und Tränen unser Brot, was wir essen, benetzen. Auf zur Wahlkammer!

Nieder mit den Feinden der Wölfe!  
Schlüt Männer in den Reichstag aus dem deutschen Volk, die für Recht und Wahrheit streben, die das freimaurerische furchtbare Joch abschütteln auf allen Gebieten Deutschlands.

Deutschland den Deutschen!  
Fort mit der Juden Herrschaft!  
Denkt an Germania und die Wölfe!  
Hoch die Fahne des christlichen Glaubens!  
Seid einig, einig, einig!

Soweit das Flugblatt.  
Leser, wische die den Schweiß von der Stirne, nicht wahr, die wird weiß!

Man vergleiche beide Machwerke, die Tendenz ist die gleiche und die Wirkung dieselbe. Wer nimmt noch an, daß wir als freie Gewerkschaftler hingehen können, wo solche Flugblätter noch zur Verteilung gelangen, welche oft die Wirkung erzielen, die die Verfasser an die Flugblätter knüpfen. Rohheiten, Mißhandlungen sind die Folgen. Das ist nachzuweisen. Und diese Gesellschaft stellt sich hin, nennt sich Christen; Christen, die das Gute tun, das Falsche abstreifen sollen. Christ ist stark am Kreuze für die Wahrheit, die genannten Flugblattschreiber treten die Wahrheit und die Lehre von der Menschenliebe mit Füßen, häufen Niedertracht auf Niedertracht und rufen hierzu noch die Hilfe Gottes an. Auf Teufel! Über der Ton, den wir in den Flugblättern vorfinden, breitet sich selbst in christlichen Gewerkschaftsorganen aus. Noch kürzlich konnten wir darauf hinweisen, wie ein christliches Gewerkschaftsorgan unsere Verbandskammeraden als unverantwortliche feige Gesellen und angehende Mörder hinstellte, die mit der Gesundheit und dem Leben ihrer Mitarbeiter frivol umgehen, die schließlich imstande sind, bei der Menschenführung die Bergarbeiter in den Schachtsumpf führen zu lassen, falls sie, die Verbandsmitglieber, als Fördermaschinen fungierten.

Nochmals, wenn die Religion etwas verkümmern kann, dann durch Worte, die in ihrer Blinden Wut ihre Gegner so behandeln, wie wir es hier gesehen haben. Sie sind es, die das Wort Christi mit Schimpf und Schande bedecken, und es ist die höchste Zeit, daß wirklich christliche Männer sich die Mitarbeit solcher Menschen energisch verbitten. Wenn das hier vorgebracht wird dazu beitragen kann, dann ist der Zweck unserer Darlegungen erfüllt.

Ein christlicher Arbeiterführer gegen die Zentrumspolitik.

In einer großen Zentrumsversammlung in Aachen war der Landtagsabgeordnete für den Kreis, Oberpostlat Dr. König, erschienen, um Bericht zu erstatten. Es ist selbstverständlich, daß die Sozialpolitik des Zentrums über das Wohlwollen von dem Referenten gelobt wurde. Aber nicht allein für die Arbeiter, sondern für alle Stände sei das Zentrum eingetreten, sprach der Oberpostlat. Gleichzeitig erklärte er, daß er für Einführung des Reichstagswahlrechts für die Wahlen zum preussischen Landtag sei und einen Antrag bei der bevorstehenden Tagung mit einbringen werde.

Dem Bezirksvorsitzenden des christlichen Textilarbeiterverbandes, einem Herrn Jakob Pösch, gefielen die Ausführungen des Referenten nicht besonders. Er erklärte, daß das Zentrum die Arbeiterinteressen zu wenig berücksichtige, dieses sei erklärlich, wenn man bedenke, daß die Arbeiter fast keine Vertretung in den Parlamenten hätten. Die Landwirte verlangten und erhielten für sich Mandate in landwirtschaftlichen Kreisen, deshalb sollten die Arbeiter solche in industriellen Bezirken fordern. Wenn er auch nicht verkennen wolle, daß das Zentrum schon etwas in Sozialpolitik gemacht, so sei es aber auch klar, daß das Tempo ein viel höheres werden müsse. Einer scharfen Kritik unterzog Pösch das Verhalten der Zentrumsparlei bei Beratung der Novelle zum Vergesetz und der Besteuerung der Konsumvereine. Auch müsse das Zentrum für ein freies Koalitionsrecht der Landarbeiter eintreten, diese Kategorie von Arbeitern dürfe nicht vor einem Streik während der Erntezeit zurückweichen, wenn sich ein solcher notwendig mache. Dann ist Pösch für das Verbot der Frauenarbeit in den Fabriken.

Die anwesenden christlichen Arbeiter jubelten Herrn Pösch Beifall zu, während die übrigen und besonders die Zentrumsführer mit sehr gemäßigten Gefühlen den Ausführungen gefolgt waren. Es dämmert langsam in der Zentrumsarbeitschaft.

Abgeleitete Scharfmacher.

Die Prinzipalität des Buchdruckerwesens hat beständig wegen dem Tarifabschluß mit den Buchdruckergehilfen Angriffe seitens der Scharfmacher und ihrer Presse zu erdulden. Nach dieser soll der Tarif nicht nur der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch der sozialdemokratischen Partei Vorpostendienste leisten. Auf diese Angriffe hin antwortet das Organ der Prinzipale im Buchdruckergerwerbe, die „Deutsche Buchdrucker-Zeitung“.

„Nun zu dem Wortwort, daß in dem Organisationsvertrage eine Gefahr für Volk und Vaterland zu erblicken sei. Die Ursache dieser Gefahr soll darin liegen, daß der Vertrag mit einer Gewerkschaft abgeschlossen ist, die zur sozialdemokratischen Partei in enger Beziehung steht.“ Wir stehen nicht an, zu erklären, daß diese Behauptung vollkommen den Tatsachen entspricht. Aber was beweist das? Doch nur, daß der Verband als Arbeiterorganisation die politische Interessenvertretung seiner Mitglieder bei einer Partei sucht, die nun einmal sich das Recht und den Ruhmestitel erworben hat, als „Arbeiterpartei“ ohne Vorbehalt angesprochen zu werden. Es beweist ferner, daß alle bürgerlichen Parteien es nicht verstanden haben, sich das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben, wie vor kurzem erst der „Mitteldeutsche Kurier“, das Organ der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine in der Provinz Sachsen, in beweglichen Klagen den liberalen Parteien vorgeworfen hat. Das sollte die bürgerlichen Parteien veranlassen, ihre Programme einer Prüfung zu unterziehen, aber nicht der sozialdemokratischen Partei die Daseinsberechtigung abzuspüren und solche Gewerkschaften als „sozialdemokratisch“ anzuschwärzen, die aus den gegebenen Verhältnissen die natürlichste Folgerung ziehen.“

Diese Darlegungen haben erst recht die Scharfmacherpresse aus dem Häuschen gebracht. Sie wirft der Prinzipalität die „schlechte vaterlandsliebe“ Geminnung vor und jammert, daß man sich in Arbeitsverträgen zu solchen vernünftigen Auslassungen und Behauptungen verheißt. Nun, die Arbeitgeber — und nicht nur in Buchdruckergerwerbe — werden immer mehr zu der Einsicht gelangen, daß die Abschlüsse von Tarifverträgen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern staatsrechtlich nicht als das „Her im Haus“ bleiben. Hoffentlich ziehen auch die unorganisierten Arbeiter ihre Schritte aus solchen Darlegungen.

Das „Reich“ auf der Abonnentenjagd.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes erhielt vor einigen Tagen folgendes lomische Schreiben:

Berlin, den 3. Oktober 1907.  
SW. 11, Königgräzerstr. 40.

Sehr geehrter Herr!

Wir fragen hierdurch ergebenst an, ob Sie gewillt sind, mit folgenden Prospekt Ihren Fachorgan beizulegen und zwar möglichst ohne Kopien für uns. Soll „Das Reich“ das führende Tagesblatt der

christlichen Gewerkschaften sein, so muß es in alle evangelischen Kreise des Volkes dringen, und dazu erbiten wir die tatkräftige Förderung der Herren Vorsitzenden der deutschen Zentralvereine.

Wir sind bereit, für jeden Abonnenten aus Ihrem Verbands- und gegen Rückgabe der Abonnementsquittung 25 Pf. monatlich zu vergütigen, die Sie entweder im Interesse Ihres Verbandes, oder wie es Ihnen sonst gütigst, verwenden können.

Ihren werten Nachrichten entgegensehend, zeichnen wir

hochachtungsvoll  
Verlag „Das Reich“ G. m. b. H.  
J. B. Wertinat.

Wie trauten zunächst unseren Augen nicht, aber die Adresse war so ausführlich und genau angegeben, daß wir uns mit der Tatsache abfinden mußten, als die Adressaten zu gelten. Das Stickerorgan sucht krampfhaft seinen Abonnentenbestand zu erhöhen. Das ist sein gutes Recht, umso mehr, als das „Reich“ tatsächlich an Abonnentenschwindel leidet. Es ist noch nicht lange her, da erschien im Reich ein geheimnisvoller Aufruf zur Sammlung von Geldern. Herr D. Sticker selbst unterzeichnete den Aufruf und gab an, daß die gesammelten Gelder für einen „guten Zweck“ verwendet werden sollten, schwieg sich aber näher über den „guten Zweck“ aus. Die Gelder gingen reichlich ein, hielt doch D. Sticker immer wieder die Spender in geheimnisvoller Weise in Atem. Als er glaubte, genug zu haben, da stellte sich heraus, daß das gesammelte Geld das „Reich“ vor dem Bankrott bewahren sollte. Wir wissen nicht, ob die Spender von dieser Mitteilung sehr erbaunt waren, wohl aber, daß ihr Geld „futschkato“ ging. Man muß es aber D. Sticker lassen, er wußte auf originelle Weise Geld für das „Reich“ zu beschaffen. Ebenso originell ist denn auch der neueste Vorschlag. Das „Reich“ wendet sich an die freien Verbände — auch die Verbände anderer Organisationen erhielten das gleiche Schreiben — um Hilfe. Nebenfalls wolle das „Reich“ sehr gut, daß die freien Gewerkschaften wohl in der Lage sind, anderen beizustehen und die Waffe für irgend welche Zwecke zu bestellen. Aber das „Reich“ sollte doch nicht vergessen, an wen es sich wendet und in welchem Angelegen es bei den freien Gewerkschaften steht. Um Herstellung und Inhalt des „Reich“ bemühen sich zwar sehr viele fromme Männer, aber ihr Tun und ihre Arbeiten weichen von der wirklichen Bedürfnisfrage sehr weit ab. Das „Reich“ ringt mit den Organen des Reichsallgemeinverbandes um die Palme der besten Veranlagung der freien Gewerkschaften. Welcher Schwindel und welche Gehässigkeit sich in dem Stickerorgan fast Nummer für Nummer gegen die freien Gewerkschaften anhäuft, sollte der Redaktion genannten Blattes doch nicht unbekannt sein. Aber Geld fehlt nicht, denken die Frommen, und sie gehen hin, betteln und nehmen die Unterstellungen an, gleichviel woher sie kommen. Wir können uns dieser „Reichs“-Moral nicht anschließen und verzichten gern auf die 25 Pf. Rückvergütung für jeden Abonnenten. Das Geld, das uns das „Reich“ da anbietet, ist uns doch etwas zu schmutzig. Vielleicht hat das Organ mehr Glück bei den christlichen Gewerkschaften, deren warmer Befürworter und Ratgeber es ist.

Internationale Rundschau.

Belgien. Der Streik auf der Grube de Casard beendet! Nach neunmonatlichem Kampf ist der Streik zu ungunsten der Arbeiter beendet worden. Es gelang der Grube aus dem In- und Auslande eine genügende Anzahl Streikbrecher heranzuziehen und auch Bergarbeiter aus dem Ruhrbecken zu finden, die ihren Kameraden in Belgien in den Minen fielen, während andere Kameraden umkehrten, sobald sie erfuhr, um was es sich handelte. Ueber die Ursache des Streiks besagt der letzte internationale Bericht, erstattet von Thomas Ashwin, folgendes:

Am 18. Dezember brach in dieser Grube ein Streik aus, welcher neun Wochen dauerte. Die Grubenbesitzer hatten versucht, ein Arbeitssystem einzuführen, wonach die Arbeiter nur zwei Franken den Tag hätten verdienen können. Natürlich ließen sich die Arbeiter nicht gefallen, und sie weigerten sich, unter solch benütigenden Bedingungen zu arbeiten. Jedoch am 18. Februar kam ein Vertrag mit den Grubenbesitzern zustande und die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Aber kurz danach wurde ein Overtagerarbeiter und darauf ein Untertagerarbeiter ohne Grund entlassen; beide Kameraden waren während des Streiks sehr tätig gewesen. Die Leute verlangten nun, daß die Letzten wieder eingestellt werden sollten. Dies wurde verweigert. Die Leute traten daher aus Gründen der Solidarität in den Streik; sie erkannten auch, daß die Entlassung ihrer Kameraden nichts weniger sei, als ein planmäßiger Versuch, die dortige Gewerkschaft, die den Grubenbesitzern schon lange Zeit ein Dorn im Auge gewesen war, zu vernichten. Man stellte im belgischen Parlament Fragen über diesen Gegenstand, und zuletzt ließ sich der Handelsminister dazu herbei, eine Vereinbarung zwischen den beiden streikenden Parteien anzubahnen. Aber die Vertreter der Arbeitgeber weigerten sich, mit den Vertretern der Arbeiter zu konferieren. Die Arbeitgeber verlangten, daß die Arbeiter bedingungslos zur Arbeit zurückkehrten, und sie wollten sich auch noch das Recht vorbehalten, die Arbeiter anzunehmen, wie es ihnen paßte. Die Bergarbeiter beschloßen darauf, den Kampf bis zum Ausgerichten fortzuführen, und appellierten nun ernstlich an das ganze Land um Hilfe. Wenn sie gewinnen, so wird das für die belgischen Bergarbeiter ein bemerkenswerter Sieg der Gewerkschaftsidee sein.

Ueber den weiteren Verlauf des Streiks wie über die Taktik der Ausständigen wird dann noch folgendes berichtet:

Der belgische Bergarbeiterverband, der trotz seiner großen Mitgliederzahl sehr mangelhaft organisiert und in finanzieller Beziehung sehr wenig leistungsfähig ist, war nicht imstande, die Streikenden allein zu unterstützen. Da auch die Geldsammlungen, die überall zugunsten der Streikenden veranstaltet wurden, auf die Dauer nicht genug ergaben, so fanden sie nichts Besseres, als eine gemeinsame Fuhreise durch das ganze Land zu unternehmen. Zwei Monate lang zogen die 300 Arbeiter, nach Ablegung des belgischen Bergarbeiterverbandes waren im Streik 1200 Arbeiter verwickelt, darunter mehrere Frauen, im geschlossenen Zuge von einem Ort zum andern. Sie wurden überall von der Arbeiterschaft freundlich aufgenommen und gratis verpflegt. In den meisten Orten sorgte die sozialistische Gesellschaft, die Maison du Peuple, für ihre Beherbergung. Für die sonstigen Reisekosten und für die Verpflegung der zu Hause gebliebenen Frauen und Kinder reichte zum Teil auch der Verkauf des Tages von Klagen- und Kampfliedern, die die Streikenden selbst verfaßt hatten und die sie an allen Straßenenden vortrugen. Ueberall machte der Durchzug der Karawane einen tiefen Eindruck; ihr Aussehen erweckte das Solidaritätsgefühl der Arbeiter- und Bauernbevölkerung. Solidaritätsgefühl ist vielleicht nicht ganz richtig — es dürfte ja zu einem großen Teile eher allgemein menschliche Mitleidsgefühle gewesen sein, die man für die „armen Leute“ empfand. Wenn auch in dieser Methode, die für den Kampf notwendige Unterstützung aufzubringen, etwas Tragisch-Ergreifendes liegt, so darf doch auch nicht verkannt werden, daß man sie vom Standpunkte der modernen Arbeiterbewegung in diesem Einzelfalle kaum billigen, im allgemeinen aber nur verwundern kann. Jedenfalls zeigt sie, wie rüchständig noch ein Teil der belgischen Gewerkschaftsorganisation ist.

Diese Darlegungen dürften eine gewisse Verwunderung in den organisierten Bergarbeiterkreisen hervorrufen, umso mehr als der belgische Bergarbeiterverband seine Mitgliederzahl auf 55 000 angibt, davon allein 15 000 im Lütticher Becken. Und eine solche Organisation war doch nicht in der Lage, aus eigenen Mitteln den Streik auch nur einigermaßen über Wasser zu halten. Die Sammlungen ergaben gegen 200 000 Franken, kaum genug, um die Streikenden auch nur einigermaßen zu unterstützen. Es wäre darum gewiß zu wünschen, wenn der belgische Bergarbeiterverband die richtige Ausnützung aus dem Streik zieht und für eine gute finanzielle Grundlage des Verbandes sorgt und zwar durch Beitragserhöhung. Aber auch nach anderer Seite hin dürften unsere belgischen Kameraden ihr Augenmerk richten und zwar auf eine gute internationale Verständigung bei solchen Streiks. Es kann viel getan werden, um den Streikbruch durch Ausländer zu verhindern, wenn man fortgesetzt auf dem Laufenden bleibt und über die Einzelheiten besser unterrichtet wird.

Knappschäftliches.

Der Statutentwurf des Allg. Knappschäftsvereins zu Bochum abgelehnt!

Mit 300 gegen 25 Stimmen und einer Stimmenthaltung haben die Aeltesten genannten Vereins in der Generalversammlung am 12. Oktober das Statut abgelehnt. Die große Majorität der Arbeitervertreter, die sich gegen das Statut erklärte, ist schon allein Beweis

dafür, daß in der Arbeiterschaft schwere Bedenken gegen die Bestimmungen des Statuts vorliegen mußten. Noch bis kurz vor der Abstimmung schien es, als könnten die schwersten — nicht alle — Bedenken behoben werden, aber Hartnäckigkeit und schroffes Zurückhalten der Werksherren ließ das gewiß mühsam aufgebaute Werk zu Brüche gehen.

Die Arbeitervertretung wie die Bergarbeiterorganisationen lehnen für das Nichtzustandekommen des Statuts nicht und ruhig die Verantwortung ab. Ihre Parole konnte nur sein: Beseitigung der Verschlechterungen im neuen Statut gegenüber den Bestimmungen des jetzt noch geltenden Statuts, wie Erzielung von Verbesserungen soweit sie sich notwendig gemacht haben und leicht durchzuführen waren. Nach der letzten Richtung hin haben die Arbeitervertreter bis in letzter Stunde überhaupt große Bescheidenheit zu Tage treten lassen. Nur um das Reformwerk nicht scheitern zu lassen, ließen sie eine ganze Anzahl von Forderungen fallen. Die Werksherren hingegen beschränkten sich außer den von ihnen früher gemachten „Zugeständnissen“ auf Zurückziehung einiger Verschlechterungen. Das letztere muß besonders betont werden, da die Werkspresse schon in ihren ersten Berichten nach der Abstimmung die Öffentlichkeit damit zu täuschen versuchte, daß die Werkbesitzer im letzten revidierten Entwurf sich zu weiteren Zugeständnissen bequemen hätten. Wir stellen fest, daß auch im fünften Entwurf mehr als 20 Verschlechterungen vorhanden waren, von diesen Verschlechterungen haben die Werksherren eine Anzahl zurückgezogen und das nennt die Werkspresse mehrere Zugeständnisse. Wir wissen ja nicht einmal, ob die Werkvertreter die rückwirkende Kraft für das neue Statut hätten eintreten lassen, da eine bestimmte Erklärung von ihnen nicht abgegeben wurde.

Doch wir wollen feststellen vor aller Öffentlichkeit, woran das Statut scheiterte.

Wir haben schon festgestellt, daß die Aeltesten auf eine Anzahl ihrer Forderungen verzichtet hatten. Die Werkbesitzer ließen aus dem letzten Satzungsentwurf eine Anzahl Verschlechterungen heraus. Noch in der Generalversammlung ließen sich die Aeltesten bestimmen, einzelne Wünsche fallen zu lassen. Schließlich drehte sich der Streit hauptsächlich um drei Fragen: 1. Rückwirkende Kraft für das neue Statut; 2. Beitritt zum Rückversicherungverband und 3. Erhöhung der Pensionshöhe um durchschnittlich 40 Mark Jahresrente für die Invaliden zwischen 5 bis 22 Dienstjahre. (Es handelt sich hier um einen weiteren Ausgleich für das Rindergeld, das fortfallen sollte).

Von den Werkvertretern lag für die erste Frage eine bestimmte Erklärung nicht vor, aber es schien doch als wollten sie hier nachgeben — es schien nur so! Die Aeltesten verzichteten ihrerseits auf eine weitere Opposition gegen den Rückversicherungverband, nachdem der anwesende Regierungsvertreter in einem ihm gestellten Vermittlungsantrag eine Mitwirkung von Arbeitervertretern im Rückversicherungverband zugesichert hatte. Ueber beide Fragen war die Herbeiführung einer Einigung nicht mehr schwer und sicher wäre das Statut zur Annahme gelangt, wenn die Werkvertreter in dem einen und letzten Punkt Nachgiebigkeit gezeigt hätten. Hier handelte es sich für die Aeltesten darum, die kinderreichen jüngeren Invaliden vor Schaben zu bewahren. Wohlgenutzt, die Aeltesten verlangten bei Fortfall des Rindergeldes eine höhere Berginvalidenrente. Was die Werkbesitzer bisher an Stelle des Rindergeldes zugesagt hatten, reichte längst nicht an dieses heran. Bei Festlegung der Werkbesitzer vorzuschläge im neuen Statut wären hunderte kinderreiche Familien ganz bedeutend in ihren Einkommen geschmälert worden.

Um dieses zu verhindern, machten die Aeltesten den Vorschlag, die Rente für die jüngeren Invaliden, die oft sehr große Familien haben, zu erhöhen. Die Aeltesten waren bereit, für diese Mehrausgaben eventuell einem erhöhten Beitrag zugestimmen, der ja nur zwei Pfennige wöchentlich betragen konnte. Die Werksherren hielten an der Verschlechterung des Statuts nach dieser Richtung hin fest und sie lehnten diese Forderung der Aeltesten ab und damit war das Schicksal des Statuts entschieden!

Um zwei Pfennige höheren Beitrag halber haben die Werksherren das Reformwerk scheitern lassen. Die millionenschweren Grubenbesitzer, dieselben, die jede einzige Ausgabe für soziale Zwecke durch Preissteigerungen wieder weggemacht, brachten um eine für sie ganz geringfügige Summe das Statut zum Scheitern. Das ist die Wahrheit, die wir den Herrschaften ebenso oft in die Ohren schreien, als sie versuchen werden, es abzustreiten. Die Werksherren nuteten den Aeltesten zu, den Kindern armer Invaliden das Brot vom Tische zu nehmen. Die Aeltesten waren vernünftig genug, ein solch rigoroses Anerbieten von sich zu weisen. Ein Brävo den alten Kämpen, die nicht achtend der eigenen Vorteile ihre Solidarität und ihr Mitgefühl den armen Invaliden beklundeten. Jawohl! Duenden Aeltesten hätte das kommende Statut finanzielle Besserungen gebracht, aber sie wiesen diese Vorteile von sich, um den Schwächeren zu helfen. Das war die beste Antwort auf die vielfachen Verdächtigungen als hätten die Aeltesten nur ihre eigenen Vorteile im Auge. Die Werksherren waren es, die solche Verdächtigungen aussprachen, die die Eitelkeit unserer alten braven Vertreter in Zweifel zogen. Wir sind darum doppelt stolz auf unsere alten Kameraden und wir versprechen es den Grubenbesitzern, daß sich die Solidarität für die Bedrängten nicht nur in den Kreisen der Aeltesten vorfindet. Nur abwarten!

Was die „Kölnische Zeitung“ und andere Organe von dem „Sieg der scharfen Tonart“, von der „Festigung eines Friedenswerkes“ sagten, schenken wir ihr. Nur eins wollen wir hier bemerken. In dem Kampf um die Knappschäftsreform sind sich die Bergarbeiter einig. Und diese Einigkeit werden die Werksherren wie die Werkspresse vorfinden, wenn sich die „Segnungen“ der Werksherrenarbeit einstellen. Ruhig und fest schauen wir den kommenden Dingen entgegen. Wir haben das Recht auf unserer Seite. Die Haltung der Bergarbeiterverbände und der Aeltesten entspricht dem Willen der Ruhrbergleute. Soweit am letzten Sonntag Bergarbeiterversammlungen im Ruhrbecken stattfanden, ist in Resolutionsform Dank und Sympathie den Aeltesten für ihre Haltung gegen das Statut ausgesprochen worden. Das genügt uns zunächst, die nächsten Monate werden ja weitere Klärung schaffen.

Auf die Generalversammlung selbst kommen wir in nächster Nummer noch ausführlich zurück.

Neue Knappschäftswahlen!

- Folgende neue Sprengel sind gebildet und finden dort am 23. November 1907 Wahlen statt:
- 35 a. Von der Gemeinde Röhlinghausen die Bismard-, Daniel-, Dieblich- und Gustavstraße, die Heinrichstraße von der Marktstraße bis zur alten rheinischen Bahn, Hof-, Kirch-, Kurze- und Marktstraße, Marktplatz, Moltke- und Kronenstraße, Schulstraße von Nr. 10 bis Schluß und Wattenknechtstraße.
- 63 a. Lünen-Süd östlich der Kaiserstraße. Gemeinden Horstmar und Beddinghausen.
- 74 a. Von der Gemeinde Eving die nachbenannten Straßen: Baum-, Berner-, Friedrich-, Garten-, Heden-, Heinrich-, Kaiser-, Kirch-, Loh- und Luisenstraße, Postweg, Schul-, Wambeler- und Westfalenstraße.

- 159a. Die Gemeinden Forst, Stodum, Borsel, Bodum, Hovel, Ermelingshof, Walshe, Drensteinfurt und Neesch. Von der Stadt Hamm der Teil nördlich der Lippe und westlich der Straße von Hamm nach Münster.
- 161a. Von der Gemeinde Stoppenberg der südlich der Eisenbahn von Essen-Nord nach Kray gelegene Teil. Gemeinde Grillendorf. Von der Gemeinde Hutteroth der nördlich der Schaullee von Essen nach Siele und südlich der Sielestraße gelegene Teil.
- 160a. Von dem Unte Wuer die Ortsgasse Teile nördlich der Neustr. (gerade Nummern), Wismarstraße gerade Nummern von Nr. 188 ab und ungerade Nummern von Nr. 181 bis Schluß, Giesfeldstraße, die östliche Seite der Giesfeldstraße bis zur katholischen Schule in Gies-Sutum, Hellstr. nördlich der Neustr. (gerade Nummern), Manu, Suxreffer, Teut- und Wobanstraße, ferner die Häuser 14, 24, 16, 18, 18, 10, 11, 12, 8, 88, 41, 42, 53, 7. Von der Bauerschaft Middelich die Grenz-, Heinrich-, Kamm-, und Widdhoffstraße, die ungeraden Nummern der Schierenstraße, sowie die Häuser 2, 2, 9, 9, 9, 23, 23, 23, 21, 19.
- 163a. Von dem Unte Wuer die Bauerschaft Ederesse und Suxreffe nördlich des nachbenannten Straßenzuges: Hertenerstraße bis zur Einmündung der Ewaldstraße, Ewaldstraße bis zur Einmündung der Widdlicherstraße, Widdlicherstraße und Schnurstraße.
- 162a. Von der Bauerschaft Braud die nachbenannten Straßen: Vontropstraße, Vontropstraße gerade Nummern, Beuter-, Gmlicher- und Springstraße, Forststraße von Nr. 142 und 143 ab, Widdhoffstraße, Rohlfeststraße von Nr. 94 und 78 ab.
- 247a. Von der Gemeinde Hertien die Glemensstraße, von der Ewaldstraße die geraden Nummern von Nr. 2 an bis Schluß, die Giesfeld-, Engel-, Feigen-, Gravelotstraße, Grüner Weg, von der Kollerstraße die geraden Nummern von 2 bis 46, die Kirch-, Sedan-, Sophien-, Spichern-, Schul-, Schmale-, Markt-, Neu-, Part- und Wörtstraße.
- 250a. Von der Landgemeinde Redlinghausen die Bauerschaft Ehsen. Die Bauerschaft Ehsen südlich der Redlingstraße bis zur Einmündung der Ewaldstraße.
- 250a. Von der Landgemeinde Redlinghausen die Bauerschaft Ehsen, Vennerbed, Hüls, Wintrop und Kottshausen. Von der Bauerschaft Drepper der von Hüls nach Elpe führende Weg auf beiden Seiten, d. i. die Häuser Nr. 258 bis 284.
- 270a. Stadt Dinslaken. Gemeinde Giesfeld östlich der Eisenbahn Oberhausen-Wesel und nördlich der Beint- und Jägerstraße. Stadt Wesel und die Ortsgassen Wuchshausen bei Wesel, Wuchshausen, Eppelingshof, Friedrichsfeld, Wahlen, Watrop, Gorkler, Herberstraße, Holsen, Hünge, Wägen, Wehtrum, Wüllen, Schermed, Spellen und Wörde.
- 280a. Von der Bürgermeisterei Vorbeck die Bach- und Baackstraße, Waghoffstraße von Nr. 1 bis zur Brückstraße, Bau-, Brück- und Wrehmstraße, Burgstraße von Nr. 20 bis Schluß, Giesfeld-, Gante- und Helmstraße, Hoffnungsstraße von Nr. 1 bis 73, Hunsen-, Jodols-, Kanal-, Nord-, Osterfeld-, Pfarr-, Quell-, Nicker-, Saum- und Steigstraße, Zummstraße, gerade Nummern von der Lutterstraße bis zur Saumstraße, Lutterstraße von der Waghoffstraße auf beiden Seiten bis zur Zummstraße, die Wert- und Zugstraße.
- 290a. Von der Bürgermeisterei Hamborn die Ortsgasse Hamborn westlich der Busch- und Weidacherstraße und östlich der Dorendruckstraße, (letzte Straße auf beiden Seiten).

**Bochum. Bericht über die Vorkandidatur des Allgemeinen Knappschützvereins vom 8. Oktober.** Zum Punkt sachliche Mitteilungen berichtete Direktor Köhne, ein Wurmtanker habe durch Einnahme des Direktors für Wurmtanker eine Störung des Augenlichtes erlitten; derselbe sei in der Klinik in Bonn untergebracht. Es sollten alle Mittel aufgebracht werden, um dem Manne das Augenlicht zu erhalten. — Als Hilfsarbeiter war Wffser Opdenhof beim Knappschützverein in Diensten getreten. Nach Ablauf seines zweijährigen Urlaubs will derselbe in den Staatsdienst zurücktreten, wodurch die Wahl eines anderen Hilfsarbeiters nötig geworden ist. Als solcher wurde Wffser Feinmann, vorläufig ebenfalls auf Probe, bestimmt. Hierbei wurde, wie schon öfters, von den Arbeitervertretern angeregt, Hilfsarbeiter aus dem Beamtenstand des Vereins zu nehmen. Direktor Köhne machte geltend, daß unter den Beamten sich keine Personen befinden, die geeignet wären, eine solche Stelle zu bekleiden. Die Hilfsarbeiter bedürfen einer juristischen Vorbildung, die der Vertretung des Vereins bei Gerichtlichen usw. — Der Zahlbeamte A. in Dortmund hat annähernd 5000 Mk. unterschlagen, dadurch, daß er auf den Leistungen über in den Bestreibern zu zahlenden Krankengeldes höhere Summen aufwies, wie andererseits Leistungen anfertigte auf Personen, die gar keinen Krankenschuß besaßen, garnicht krank feierten. Bei seiner Verhaftung in Köln haben sich in dessen Händen noch über 2000 Mk. befunden, sodas die Schädigung des Vereins immer noch über 2000 Mk. beträgt. Es soll festgestellt werden, inwieweit den Vorsteher des Zweigbüros dabei eine Schuld trifft. Zur Prüfung der Maßnahme, wie derartige abzuwehren ist, wurde die Angelegenheit dem Rechnungsausschuß überwiesen. — Dem Knappschützvereins M. sind verschiedene Verträge zur Last gelegt. Es wurde dem Vorstand vorgeschlagen, denselben seines Amtes zu entheben. Bei der Abstimmung wurde mit den Stimmen der Werkvertreter und der Vertreter Kasse, Altessen und Adolphhof-Gedel der Verlust des Amtes beschlossen. Die übrigen 13 Arbeitervertreter sahen die Anschuldigungen derart nicht an, um für die Amtsenthebung stimmen zu können. — Weiter lag die Frage vor, ob der Vorkandidat M. den Anforderungen des § 89 der Satzungen noch genügt. Die Sache wurde vertagt und sollte der Betreffende über die Anschuldigungen noch berichten. — Dem Mathematiker Dr. Zimmermann wurde eine Entschädigung von 500 Mark und dem Sekretär Gaerting eine solche von 800 Mark bewilligt. Dem Vorkandidaten Wobert wurde eine Entschädigung von 2000 Mark bewilligt. — Die Kündigung des Dr. W. wurde beschlossen wegen unpünktlicher Erledigung seiner Geschäftsführung. Für den mit dem 1. Oktober d. J. ausscheidenden Dr. Fischer in Altkaden wurde Dr. Janich, bisher Knappschützarzt in Heigen bestimmt. Als Zahnarzt für Wottrop und Umgegend wurde Dr. Berlin baselitz angestellt. Für den Kurbezirk Postbe wurde Dr. Loytob, Assistenzarzt am städtischen Krankenhaus in Dortmund gewählt. — Als Apotheker für den Verein wurde Apotheker Ewone aus Münster in Westfalen angestellt. — Das Krankenhaus in Kettweg hatte beantragt, den Pflegesatz von 2,25 Mk. auf 2,75 Mk. zu erhöhen als besondere Vergütung für Operation und Verbandstoffe. Die Erhöhung wurde abgelehnt und von der Abschließung eines neuen Vertrages abgesehen. — Ueber die Bestätigung des Gutshofes und der Heilstätte Beringhausen am 21. September hatte die dafür eingesetzte Kommission dem Kuratorium Bericht erstattet. Auf Grund des Berichtes ist der Kuratorium die Ansicht, daß berechtigte Beschwerden nicht vorgebracht wären. Hinsichtlich der Beschwerden von verschiedenen Pfinglingen über verspätete Zahlung des ganzen Krankengeldes während der Heilstättenbehandlung wird die Verwaltung näher Feststellungen treffen und das Ergebnis in der nächsten Sitzung mitteilen. Soweit die Erteilung von Urlaub und die Regelung der Wägen in Frage kommt, wird die ärztliche Leitung der Heilstätte für zuständig erachtet. Ein Ausschusmitglied hat angeregt, allen verheirateten Pfinglingen, soweit sie nicht Beamte sind, ohne weiteres das ganze Krankengeld zuzubilligen und nicht die Gewährung von dem Nachweis der Bedürftigkeit abhängig zu machen. Weiter nimmt der Kuratorium davon Kenntnis, daß die eingesetzte Kommission, entsprechend dem Auftrage des Vorstandes, den Antrag des Gutshofes auf Erweiterung des Schweinestalles geprüft und damit einverstanden erklärt hat, unter der Bedingung, daß die Wägen jährlich um 180 Mark erhöht wird. Weiter lag die Kommission eine zweite Hausliegehalle der Heilstätte als bedürftig angesehen. Ein Widerspruch in der Vorstandssitzung erfolgte nicht. — Gegen die Bildung der von der Verwaltung vorgeschlagenen vierzehn neuen Sprengel wurden keine Einwendungen gemacht. Der Verwaltung wurde für einzelne Bezirke überlassen Grenzregulierungen festzusetzen. Außerdem sollte ein neuer Sprengel in Redlinghausen gebildet werden. — Das Weitere betraf das ganze Krankengeld für Lungenträger, Aufnahmen, Wiedererfassung, Bewilligung von künstlichem Zahnersatz, künstlicher Gliedmaßen und anderes. Nach den Satzungen müssen die vorgenannten Bewilligungen mit zweidrittel Stimmen des Vorstandes beschlossen werden. Wiederholt haben sich die Vorstandsmitglieder Herr Büttgen und Stapanoff gegen die Bewilligung von künstlichem Zahnersatz und künstlicher Gliedmaßen erklärt, diesmal beantragte Herr Büttgen Abstimmung bei diesen beiden Positionen, jedenfalls in dem Glauben, damit die Ablehnung zu erzielen, was jedoch nicht erfolgte, weil von Seiten der Werkvertreter sich noch eine genügende Zahl Stimmen mit den Arbeitervertretern zusammenfanden, die noch über zweidrittel Majorität ergaben.

## Mißstände auf den Gruben.

### Stübrevier.

**Reise Alte Gasse.** Da der hiesige Arbeiterausschuß unter Ausschluß der Öffentlichkeit ein sehr beschränktes Dasein zu führen scheint, sehen wir uns gezwungen, die Begebenheiten auf folgende Weise aufzumerken zu machen. Bei der Seilfahrt könnte etwas langsamer und mit mehr Vorzicht gefördert werden, damit der Förderkorb nicht fast jedesmal so stark ausfährt. Die Seilfahrt soll laut Anschlag mittags um 2 1/2 Uhr beendet sein, in der Regel aber dauert es fünf bis zehn Minuten länger. Zu beklagen ist auch, daß es an den Bahnhöfen sehr lange dauert, bis die Arbeiter ihr Geld erhalten. Die Verwaltung sollte doch Rücksicht darauf nehmen, daß die Leute mit leeren Taschen nachhause kommen müssen und die Auszahlung darum etwas beschleunigen. Es wäre auch zu wünschen, daß die Lampen besser gepußt würden, auch die Wägen könnten besser geschmiert werden. Soweit wir unterrichtet sind, wird der Wagenschmied auch mit anderen Arbeitern beschäftigt, außerdem soll der Materialverwalter darauf achten, daß möglichst wenig Wagenschmiere gebraucht wird. Die Wagenschmiere läßt ebenfalls zu wünschen übrig und einen Kauenwärter kennt man überhaupt nicht. Es ist wohl ein Junge von 16 bis 17 Jahren dort, welcher aber meist in der Steigerkammer beschäftigt ist. Wir hegen die Hoffnung, daß der neue Betriebsführer für Abschaffung der gerügten Mißstände sorgt.

**Reise Konsolidation (Schacht III und IV).** Laut Schichtvorschrift müssen die Patronen unterlegt ins Bohloch eingeführt werden. Vorab ein Hölz angebracht wird, ist das Schließen mit Dynamit verboten und muß Wetterdynamit gebraucht werden. Nun sind aber die Wetterdynamitpatronen 83 Millimeter dick, sodas sie ohne dünner gemacht zu werden, in ein Bohloch nicht eingeführt werden können. Es gibt eine Weisel, ein Wochlocht, weniger auf dieser Gasse, womit man ein derart großes Loch bohren könnte, um die Patronen unterlegt einführen zu können. Die Arbeiter müssen verbotswidrig die Patronen dünner machen, wobei sie noch starke, fast unenträglich Kopfschmerzen bekommen. Diesem Uebelstand könnte doch leicht dadurch abgeholfen werden, daß die Verwaltung einfach dünnere Patronen bestell. Diese Patronen werden doch auch auf anderen Bezen verwendet und können folglich leicht beschafft werden. Durch das Verschulden der Verwaltung werden die Arbeiter ja in diesem Fall direkt gezwungen, die bergpolizeilichen Vorschriften zu übertreten.

**Reise Deutscher Kaiser.** Ueber diesen Mütt werden besonders in letzter Zeit wieder recht viel Beschwerden geführt. An die Verwaltung gestatten wir uns daher einige Fragen: 1. Wann gedenkt die Verwaltung nach Revier VI und IX genügend Holz zu liefern? Die Arbeiter sind dort darauf angewiesen, sich das Holz gegenseitig von der Arbeit weg zu stellen, was zu unrichtigen Streitigkeiten führt. 2. Wann gedenkt die Verwaltung vorrichtsmäßige, ordentliche Fahrwege nach der Wettersohle machen zu lassen? Die Arbeiter des VI und IX Reviers, welche auf der Wettersohle arbeiten, müssen ihren Weg dahin, durch andere Reviere nehmen, oder aber den 60 Meter hohen Pfeiler hinaufklettern. Die Arbeiter können daher schon ermbidet vor ihrer Verhältnisse an und sollen dann auf das schlechte Gehände noch einen unbilligen Lohn verdienen. Beschwerden sie sich beim Steiger St. so verspricht dieser ihnen alles mögliche, um aber von seinen Versprechungen nichts zu halten. Die beste Stille aber für die Arbeiter ist ein starker einheitlicher Verband und ist es Pflicht aller Kameraden sich anzuschließen, um zu Ruh anderen zum Trug.

**Reise Hugo, Schacht II.** Seit der frühere Polzeisergeant Kriebel pensioniert und auf hiesigem Schacht Lazeführer ist, soll es häufig vorkommen, daß den Kameradschaften Wagen fehlen. So hatte am 28. September eine Kameradschaft mittags beim Schichtwechsel 40 Wagen auf der Tafel, abends beim Schichtwechsel waren es aber nur 30 Wagen. Wo sind, so fragen wir, diese 10 Wagen Kriblen hingekommen? Kriebel behauptet nun, es seien nur 30 Wagen gewesen, aber fünf Zeugen können bekunden, daß es 40 Wagen gewesen sind. Der Betriebsführer will sich auf die ganze Sache nicht einlassen, sodas den Arbeitern nichts übrig bleibt, als am Bergwerksgericht Klage anzustrengen. Die Lampen befinden sich in einem schlechten unfaulbaren Zustande und in den verschiedenen Revieren fehlt es an Reserverlampen. In der Wagschmiede ist das Schließen von Gruben- und anderen Reviern ebenfalls an der Tagesordnung, was darauf zurückzuführen ist, daß es an Aufsicht fehlt und die Wägen den ganzen Tag offen steht, sodas jeder hereinlaufen kann. Auch Lampenkerzen die Arbeiter darin, die an den Rechenbauten beschäftigt sind und ist es daher kein Wunder, daß die Sachen gestohlen werden. Wir würden den Arbeitern unter diesen Umständen anraten, in allen Fällen gegen die Reche auf Schadenersatz zu klagen.

**Reise Wilhelmine Victoria II und III.** Die Signalvorrichtung auf der V. Sohle entspricht nicht den Anforderungen, welche im Interesse der Sicherheit des Betriebes daran gestellt werden müssen. Kommt einmal, wie es schon passiert ist, ein Arbeiter zu Fall, so kann er sehr leicht mit der Signalvorrichtung in Verührung kommen, sodas dadurch ein Unglück sehr leicht möglich ist. Vor 14 Tagen passierte es, daß der Anschläger der unteren Hängebaud noch fehlte als schon der vierte Korb herunterkam; der Anschläger der oberen Hängebaud mußte immer warten, bis einer der Korbführer von unten das Signal gab. Den Brunnern will man auch anschießen zu bedenken, wenn das Feind ertrunken ist. Sollte die Verwaltung in diesem Jahre wieder Kartoffeln ernteten lassen, würde sie einen allgemeinen Wunsch entgegenkommen, wenn sie diese vielleicht in drei Raten von Lohne in Wägen bringen ließe. Es ist für den einzelnen Arbeiter, besonders wenn er eine starke Familie hat, immer ein harter Schlag wenn ihm die ganzen Kartoffeln auf einmal abgehalten werden. Was doch auf anderen Revieren möglich ist, sollte auch hier möglich gemacht werden können.

### Oberbergamtsbezirk Bonn.

**Grublerwerk.** Hier erfolgte Montag den 30. September d. J. um 6 1/2 Uhr abends eine gewaltige Staubexplosion, welcher drei Arbeiter (Familienväter) zum Opfer fielen und weitere zwei Mann, neben dem Ingenieur Steeg und Inspektor Bornemann, erhebliche Wundmunden erlitten. Die Explosion erfolgte in Fabrik I. Die Namen der tödlich Verunglückten sind: Großwäcker Wilms, organisiert im Heizer- und Bergbauverband, Großkolonie; Großwäcker Oebel, unorganisiert, Arbeiter und Trodenwärter Melchior, unorganisiert, Brühl. Die oben genannten Kameraden waren scheidlich verbrannt und erlagen bald nach ihrer Entlassung in das Hospital in Brühl den fürchterlichen Schmerzen. Der verstorbene Kollege Wilms stand noch im besten Mannesalter und war ein eifriger Mitkämpfer der Heizer- und Maschinen-Organisation, überall geachtet und beliebt. Neben seinen Familienangehörigen und den Kollegen obiger Organisation betrauten auch wir in unserm Verbande den Tod dieses wackeren Kampfgenossen. Ihre feinen Andenken! Wie oben bereits erwähnt, erlitten außer Inspektor Bornemann und Ingenieur Steeg, noch zwei weitere Arbeiter erhebliche Wundmunden; doch besteht bei diesen Kameraden keine Lebensgefahr mehr. Ingenieur Steeg und der neue Inspektor Bornemann befinden sich ebenfalls auf dem Wege der Besserung. Die Ursachen des Unglücks sind, so wurde uns wenigstens von den Arbeitern erklärt, hauptsächlich in dem Drange, der Hast nach Geld zu suchen. Am Nachmittag obigen Datums entstand, entweder infolge Leerlaufes der Trodenapparate oder Uebelbruchs der Maschine, Feuer in der Fabrik I. Der Betrieb wurde stillgesetzt und die Arbeiter entlassen. Nach 6 Uhr abends wurde die Fabrik nun wieder in Gang genommen und um 6 1/2 Uhr erfolgte die Explosion. Es hatte sich irgendwo an einer gefährlichen Stelle noch ein Fündchen Feuer aufgehalten, das nicht gefunden, resp. übersehen wurde und die Katastrophe war fertig. Die Leute in Fabrik I sind nun der Meinung, daß bei einer gründlichen Durchsichtung aller Ecken und Winkel, das Feuer, auch das Feindchen, schon entdeckt und gelöscht hätte werden können; dazu aber mußte mehr Zeit gewährt werden, die Zeit bis 6 Uhr war zu kurz und konnte dieserhalb eine gründliche Untersuchung nicht stattfinden. Sollte sich der Sachverhalt in Wirklichkeit so darstellen, würde sich der Vorwurf, „Gold vor Menschenleben“ rechtfertigen. Auf alle Fälle aber, in Zukunft die äußersten Vorsichtsmaßregeln anzuwenden, um diesen hier immer häufiger werdenden Explosionen möglichst Einhalt zu tun, selbst auf die Gefahr hin, einige Kopfe voll Witzlets weniger liefern zu können.

**Grube Grublerwerk.** Wenn der Bettler auf Pferd kommt, halt ihn der Teufel nicht ein!; so lautet ein altes Sprichwort, welches sich auch im nachstehenden Fall zu bewahren scheint. Der Vorarbeiter Schmidt legt den ihn unterstellten Arbeitern gegenüber eine überaus große Schneidigkeit an den Tag. Wir möchten diesen Herrn darum gebeten haben, sich in Zukunft etwas anderer Umgangsformen den Arbeitern gegenüber zu befleißigen, damit wir keine Ursache zu weiterer Kritik haben, was jedenfalls im Interesse beider Teile liegt. Sollte der Herr sich aber keines anderen beunnen, wären wir leider gezwungen, sein

Verhalten den Arbeitern gegenüber einmal einer eingehenden Kritik zu unterziehen. Hoffen wir, daß uns das letztere erspart bleibt, da wir nicht wenig besseres zu tun haben.

**Grube Sibylla bei Frechen.** Die hiesige Grubenverwaltung möchte mir ersuchen, im Tagebau mehr Lampen anzusetzen, um lassen. Die Arbeiter klagen hier ununterbrochen über schlechten, unzureichenden Licht. Es käme öfters vor, behaupten die Leute, daß die Lampen ganz verfliegen und sie minutenlang im Dunkeln arbeiten müßten. Die Folgen dieser schlechten Beleuchtung sind Augenschmerzen und frühzeitige Erblindung. Tatsächlich klagen auch viele Arbeiter dieser Grube ständig über trankte Augen. Hoffentlich auch die Grubenverwaltung baldiger Abhilfe.

### Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

**Grube Johann-Senierette bei Unseburg.** Wie man auch hier mit den Arbeitern unspricht, zeigt folgender Fall. Anfang Mai überredete Steiger W. einen Arbeiter (Höbdermann) von der Grube über Tage im Alford Kohlen zu fahren und zwar solle er einen Lohn von 4 bis 4,20 Mk. bei neuntägiger Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt unter Tage ebenfalls neun Stunden. Außerdem arbeitete der Befragte noch nebenbei als sein fünf Stunden im Garten des Direktors, sodas er 1906 308 Schichten versah, mit einem Verdienst von 3,63 Mk. pro Schicht. Am 10. September d. J. ordnete der Obersteiger W. entgegen den Abmachungen mit Steiger W. nun plötzlich an, daß der betreffende Arbeiter 12 Stunden pro Schicht arbeiten und nur noch 3,50 Mk. verdienen sollte. Dieser weigerte sich indessen dem nachzukommen mit dem Hinweis, auf die mit Steiger W. getroffenen Abmachungen, wonach er nur neun Stunden zu arbeiten habe bei einem Lohn von 4 bis 4,20 Mk. pro Schicht. Trotzdem wurde er am anderen Morgen in die Kohlensteinformerei verlegt wo nur 10 bis 18-jährige Burschen zwölftägig bei einem Lohn von 3,20 Mk. beschäftigt sind. Mit welchem Vorwissen hat der Obersteiger in der größtmöglichen Weise gegen die Bestimmungen der Arbeitsordnung verstoßen die er jeden dritten d. M. den Arbeitern vorliest und die er darum auch kennen muß. Doch daran löst sich der Herr Obersteiger absolut nicht, was scheidt ihn die Arbeitsordnung, sein Wille ist das höchste Gesetz und wer sich dem nicht fügt der fliegt. Das haben auch schon zehn von den genannten jungen Burschen erfahren müssen, welche im Sommer um eine kleine Lohnerhöhung von 3,80 auf 3,50 Mk. beim Direktor vorfällig geworden, daraufhin aber entlassen wurden. Der betreffende Arbeiter wandte sich nun zunächst beschwerdeführend an Steiger W. und erinnerte ihn an die getroffenen Abmachungen, wurde aber von diesem ganz gehörig abgebligt. Als der Arbeiter nun dem Obersteiger gegenüber seine Beschwerde nochmals wiederholte, wurde er von diesem in der größtmöglichen Weise angefahren und zuletzt gekümbt. Alle Witten und Vorstellungen des in seinem Recht verwegentlichsten Arbeiters trafen taube Ohren. Als dann am 18. September der Herr Direktor von seiner Erholungsreise zurückkam wandte sich der Arbeiter beschwerdeführend an diesen mit der Bitte seinen Fall doch zu untersuchen. Der Herr Direktor aber gab nur ausweichende Antworten. Nach zwei Tagen sprach der Arbeiter als er inzwischen nichts gehört hatte nochmals vor, um sich nach dem Stand seiner Beschwerde zu erkundigen. Der Herr Direktor erklärte, daß der Obersteiger so aufgeregt über den Fall sei, daß man ihn nicht zumuten könne die Klagen juristisch anzuhören. Zuletzt aber sagte er unter anderem: „Wissen Sie, Holentich, warum man in der Weise gegen Sie vorgeht? — Weil Sie in dem Bochumer Verband (gemeint ist der Verband der Vergarbeiter Deutschlands) sind!“ Glauben Sie nur, daß dasjenige was der Verband will, niemals durchkommt; der Verband wird auch noch einmal so klein, dabei geht er mit der Hand etwa zwei Fuß über den Fingern. So admet der Herr Direktor Joh, der zugleich auch Untervorsteher ist, das gefällig garantierte Vereinigungsrecht und das Recht der Arbeiter überhaupt. Der Arbeiter will sich mit seiner Beschwerde jetzt noch an den Besthrer der Grube Herrn Schöder wenden, ob aber mit Erfolg, möchte man nicht untern, welches hier Erfahrungen bezweifeln. So springt das Unternehmertum, welches für sich alle Rechte in Anspruch nimmt, mit den Arbeitern um, wenn sie es wagen, von ihrem gefällig garantierten Kontraktvertrah Gebrauch zu machen. Wenn der Herr Direktor Joh nicht staubt, der Verband würde noch einmal so klein und er könnte vor allen Dingen mit solchen Mitteln kleinlicher Schikane bekämpft werden, dann ist er schwer auf dem Holzwege. Der Herr wird, wie auch schon andere, bald zu seinem Leidwesen erfahren, daß mit solchen Maßnahmen gerade das Gegenteil erreicht wird, daß auch ein Teil ist von jener Macht, die das Böse will und dadurch das Gute schafft.

### Königreich Sachsen.

**Bürger Werke.** (Blauenfcher Grund). Verschiedene unliebsame Zustände bestehen immer noch auf dem Glückaufschacht. Besonders der Steiger Silbermann steht auf dem Standpunkt, daß das gute Einvernehmen zwischen Unternehmer und Arbeiter am besten durch rüchichtslose Strenge und hohe Bestrafungen hochgehalten wird. Seiner Ansicht nach taugt ein Beamter, der auf einem andern Standpunkt steht, nicht und das Vereinsinteresse muß darunter leiden. Es mag sein, daß der Herr oben gut angesehen ist, aber das Vertrauen der Arbeiter hat er sich durch sein Vorgehen längst verschert. Beschwerden sich die Arbeiter über den schweren Handhüßel, der längt durch einen Luftspal hätte erlegt werden können, so finden ihre Beschwerden keine Berücksichtigung, noch wie vor müssen sie sich an der Schindlerwinde abrackern. Viele Beschwerden werden auch geführt über die hohen Bestrafungen wegen Ladens unreiner Kohlen. Die Arbeiter gehen über das Befehdend, auch Strafabund genannt, weil die Kohlen keine Schicht sicher sind, daß sie nicht mit 1,80—2,20 Mk. bestrast werden. So stand kürzlich der oberste Beamte eine halbe Stunde am Befehdend und hatte während dieser Zeit 17 Vergleute mit je 1,80 Mk. bestrast wegen Fördern unreiner Kohlen; dabei ist das Gebirge sehr schlecht, sodas die Arbeiter bis zur Erschöpfung arbeiten müssen, um den Hungerlohn zu verdienen. Die Beleuchtung ist derart schlecht, daß es absolut unmöglich ist, die Kohlen rein zu liefern. Das schlechte mangelhafte Licht und das noch schlechtere Gebirge machen es unmöglich, reine Kohlen zu liefern, trotzdem werden die Arbeiter bestrast. Auch die Tagesarbeiter, Ausläufer und Feuerleute werden bei zwölfstündiger Schicht sehr schlecht bezahlt. Es handelt sich in der Hauptsache um ältere Leute, welche Familien haben und mit einem Lohn von 3,80—3,90 Mk. pro Schicht nicht auskommen können. Man sollte diesen Arbeitern für ihre lange schwere Arbeit überhaupt nicht unter 4 Mk. bezahlen und auch das ist für die teuren Zeitverhältnisse immer noch sehr minimal.

**Bürgerwerkstatt Zwickau.** Wie fast auf allen Gruben des Zwickauer Reviers das Uebel sich seit Ende der Lohnbewegung wieder in voller Blüte zeigt, so auch auf dem Bürgerwerkstatt, auf welchem bis zum 31. August sonest zehntägig gefahren wurde. Aber seit dem 1. September ist von seiten der Grubenverwaltung angeordnet worden, zwölfstündig zu fahren. Mehrere Arbeiter aus der Werkstätte wollen wissen, es würde nur im September zwölfstündig gefahren, vom 1. Oktober ab ginge es wieder zehntägig. Doch glaubt niemand so recht an dieses Gerücht, und soll deshalb, wenn am 1. Oktober die zwölfstündige Schichtzeit nicht wieder eintritt, eine Verleibzeitverammlung stattfinden, die gegen die Verlängerung der Arbeitszeit Stellung nimmt. Entrüstung herrscht beim größten Teil der Werkstätte darüber, daß man es von seiten der Verwaltung nicht für nötig befindet, die Mannschaft darüber zu befragen, ob sie auch mit dieser Maßregel einverstanden ist. Bei jeder auch der kleinsten Forderung von seiten der Arbeiter muß an die Grubenverwaltung herangegangen und die gestellten Forderungen und Wünsche unterbreitet werden. Obendrein fliegen dann noch gewöhnlich die Mitglieder der Kommission aufs Plakat. Wo bleibt hier die bei jeder Gelegenheit so vielgepriesene Humanität der Unternehmer? Als bei der letzten Lohnbewegung im Zwickauer Revier die Vergarbeiter ihre Forderungen gemeinsam einreichten und eine Kommission wählten um vorstellig zu werden, erklärten die Herren Werkstätten, nur mit den Arbeitersausschüssen zu verhandeln. Während die Werkstätten in allen Fällen nach diesem Grundsat handeln und wäre es ihnen wirklich um den Frieden zu tun, müßten sie auch hier, wo es sich um eine Verlängerung der Schichtzeit handelt, mit der Kommission durch den Arbeitersausschuß verhandeln. Aber nichts von alledem, die Unternehmer wollen nur herrschen und genieseln! So, Arbeiter, werdet ihr behandelt! Werdet ihr nun bald aus diesen, von dem Unternehmertum an euch begangenen Unrecht eine Lehre ziehen? Oder wollt ihr gleichgültig zusehen, wie das Unternehmertum mit allen Mitteln danach strebt, um eure an und für sich schon traurige Lage noch zu verschlechtern? Aus diesen Vorgängen müßt ihr euch selbst helfen müßt durch euer Ansehen an den Verband der Vergarbeiter Deutschlands.

**Kölnerschatz an Fuchsgaben.** Wer kennt nicht den durch die letzte Lohnbewegung zur „Berühmtheit“ gelangten Knappschützlerer Fing, der sich rühmt, der Sohn eines armen Bergmanns zu sein, seine Herkunft aber völlig vergessen zu haben scheint. Am 12. September lehrten zwei Fuchsbreute von genanntem Schacht ab, um sich im Weisfel-

wilger Meier Arbeit zu suchen, weil ihnen hier die Arbeitszeit zu lang war. Sie kamen aber hierher, wie man zu sagen pflegt, aus dem Regen in die Traufe und so kehren sie nach einiger Zeit wieder zurück, um hier wieder in Arbeit zu treten. Der Obersteiger nahm sie auch anstandslos wieder an, anders aber der Herr Stige. Als beide zu diesem ins Bureau kamen, wurden sie befragt, warum sie abgekehrt seien und als sie die Ursache angaben, erklärte ihnen Herr Stige, der Sohn eines reichten Bergmanns: „Guch lege ich nicht mehr an!“ Wer hat, so fragen wir, auf der Sache zu bestimmen, der Obersteiger oder der Knappschaff-Kassierer Stige?

**Grube Vereinstfeld (Wodwa-Sohnsdorf).** In Nr. 30 der „Bergarbeiter-Zeitung“ berichteten wir, daß auf Schacht I genannten Werkes ein Teil des Pöberschichtes so schlecht sei, daß die Kameraden Angst hätten in demselben ein- und auszufahren. Bevor die Motz erschien wurde der Gefahr wegen das Pöbern der Mannschaft eingestellt. Jetzt ist das unvernünftige eingetroffen. Wie uns berichtet wird, ist dieser Teil des Schichtes zusammengebracht und kann augenblicklich noch nicht festgestellt werden, ob es überhaupt wieder möglich ist, den Schacht zu benutzen. Auf alle Fälle aber wird eine geraume Zeit vergehen, um denselben wieder aufzubauen. Mit dem Zusammenbruch sind auch die Rampenstrecken mit gebrochen, so daß es zu großen Wetterströmungen kam und an verschiedenen Orten die Lampen nicht brannten. Das Werk hat drei Schächte, welche unmittelbar zusammenhängen und wäre es ein großer Vorteil, wenn gute Verbindungsstrecken vorhanden wären, was aber, wie uns mitgeteilt wird, nicht der Fall sein soll. Verunglückt ist bei dem Zusammenbruch niemand. Die am Fallort befindlichen Kameraden haben das Aufkommenrecht rechtzeitig benützt und sich in Sicherheit gebracht. Ob dieser Zusammenbruch nicht verhindert werden konnte?

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**

**Grube Kasseleng und Wrensen in Mlechowij.** Schon Häufig haben wir die Verhältnisse dieser Gruben einer eingehenden Kritik unterzogen, ohne daß man sich darum bekümmert oder Besserung geschafft hätte. Die Grubenverwaltungen scheinen sehr diesfälligkeit zu sein, wie aber werden so lange schiefen, bis das dicke Fell abgeschliffen ist und die von uns gerügten Uebelstände beseitigt sind. Als Extrazugabe erhalten die Arbeiter den Gehalt der Uorkittel, welche wochenlang überflüssig in den Strecken stehen. Weshalb von den Arbeitern das aber noch nicht genügt, kann von den Beamten dazu noch ein paar mit der Welt habe in die Presse kriegen. Auf der Preussengrube ist der Steiger Herr Stige sehr schlagfertig und für seine besondere Schlagfertigkeit den Arbeitern gegenüber, wird der Herr wohl benachrichtigt eine Belohnung vom Strafregister erhalten. Im Übrigen sieht es aber in seinem Revier sehr übel aus und zu wünschen wäre, daß sich die Bergbehörde die Verhältnisse dort einmal etwas näher ansieht. Bemerkenswert ist, daß die beiden Gruben den ärmsten frommen Zentrumsgrafen Thiele-Winster und Wallestem gehören. So wird das Christentum in der Praxis betätigt!

**Grube Stadt Görlitz bei Niederlangenau.** Die Verhältnisse auf dieser Grube sind die denkbar schlechtesten, eine Organisation der Arbeiter wird nicht geduldet. Raum, daß der Direktor erfährt, der eine oder andere Kamerad sei dem Verband beigetreten, erfolgt sofort die Kündigung. Das Strafregime steht in hoher Blüte. Dagegen sind die Wohnverhältnisse die denkbar schlechtesten. Die Behandlung der Arbeiter von seiten der Beamten läßt ebenfalls sehr zu wünschen übrig. Trotzdem hat die Furcht, Arbeit und Brot zu verlieren, bisher die meisten Kameraden davon abgehalten, sich der Organisation anzuschließen. Diese Furcht ist, wie wir schon betont, eine berechtigte, denn kaum erfährt der Direktor oder eine seiner willigen Kreaturen von irgend welchen Organisationsbestrebungen, fliegen die Betroffenen meistens auf Straßenspaster. Auch unsere Verbandskameraden, welche es versuchen, dort für den Verband Mitglieder zu gewinnen, wurden zum Zehntel hinausgeschickt. Aber noch ist nicht aller Tage Abend, das mag sich der Herr Direktor gelassen sein lassen und unser Verband wird auch, trotz aller Schwierigkeiten, auf Grube Stadt Görlitz nicht nur Fuß fassen, sondern sich mit der Zeit auch Achtung verschaffen und zwar auch gegen den Willen des Herrn Direktors und seiner „Getreuen“. Unsere Kameraden aber möchten wir dringend warnen auf Grube Stadt Görlitz in Arbeit zu treten, weil auf keiner anderen Grube veratet mißliche Verhältnisse bestehen.

**Wie von den Grubenverwaltungen berichtigt wird.**

Zur Aufklärung unserer Leser wollen wir bemerken, daß wir laut Berggesetz gezwungen sind, auch Verchtigungen, welche nicht auf Wahrheit beruhen, aufzunehmen, da wir in anderen Fällen nicht des Tatbestandes halber, sondern wegen Nichtaufnahme der Verchtigungen bestraft werden können.

Verchtigung der Notizen in Nr. 30 unter den Stichworten Beche Centrum, Schacht I und III und Beche Centrum Schacht II durch die Grubenverwaltung. 1. Schacht I und III. Es ist unwahr, daß auf Schacht I und III der Steiger des Reviers VII die Arbeiter nicht ausständig behandelt. Klagen über schlechte Behandlung sind von den Leuten, auch von den absehenden, weder bei dem Betriebsführer, noch bei der Direktion vorgebracht worden. Es ist unrichtig, daß die Uorkittel im Revier VII so schmutzig sind, daß sie fast gar nicht benutzt werden können, daß ferner ihre Zahl bei weitem nicht ausreicht. Es sind neun Mittel, d. h. für je sechs Mann Belegschaft mindestens ein Mittel, vorhanden; außerdem sind für das Revier VII allein noch fünf Reservemittel im Gebrauch. Für eine planmäßige Reinigung wird, wie überall, auch in diesem Reviere Sorge getragen. Es ist unwahr, daß bei der Seilfahrt keine Ordnung herrscht. Für die Aufbewahrung der Marken werden Kästen überhaupt nicht verwendet, es kann also auch keiner defekt sein; die Marken werden vielmehr auf Eisenstangen aufgesteckt. Unwahr ist schließlich, daß die Waschkäufe sehr schmutzig ist; sie wird nach jedem Schichtwechsel ordnungsmäßig gereinigt. Es ist auch unwahr, daß bei dem Ausgang nach der Hammerstraße die eintretende Dunkelheit eine egyptische Finsternis herrscht. In unmittelbarer Nähe des Ausgangs, der eigentlich nur für die Schichtarbeiter bestimmt ist, befindet sich eine elektrische Vogelampe. 2. Schacht II. Es ist unrichtig, daß die Zimmerhauer auf Schachtanlage II bedeutend schlechter gestellt sind, als auf den übrigen Schachtanlagen. Richtig ist, daß die Löhne der Zimmerhauer auf Schacht II 0,24 M. im Jahresdurchschnitt (von 1. 7. 06—30. 6. 07) niedriger sind, als auf Schacht III, doch ist dies nur darauf zurückzuführen, daß auf letzterem Schacht für Reparaturarbeiten viel mehr jüngere Leute mit höherem Schichtlohn beschäftigt sind, als auf Schacht II. — Es ist ferner nicht richtig, daß die Waschkäufe und der Umkleideraum viel zu eng sind. Der Platz in der Waschkäufe genügt vollständig den vernünftiger Weise zu stellenden Anforderungen; auch hat noch im vergangenen Jahre infolge Errichtung einer neuen Kaue für die jugendlichen Arbeiter die eigentliche Mannschafstaue gegen frucht merkwürdig an Platz gewonnen. Abteilungsleiter der Beche Centrum. Victor. Altstoff. — Aus dem Umstände, daß sich noch kein Arbeiter bei der Direktion über schlechte Behandlung beklagt hat, zu schließen, daß die Behandlung der Arbeiter von seiten der Beamten eine gute sei, ist, sagen wir einmal, eine sehr kühne Schlussfolgerung. Wir eruchen unseren Gewährsmann sich zu dieser „Verchtigung“ zu äußern.

**Aus dem Streik der Kameraden.**

**Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

**Södde.** Wie in vielen anderen Orten des Ruhrgebiets hat die organisierte Arbeiterschaft auch in Södde kein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen. Alle anderen Vereine werden geschäftlich, haben Södde so viel sie nur haben wollen, mögen ihre Versammlungen auch noch so trübe, noch so blässel und verderblich für die Arbeiter sein. Nur die organisierte Arbeiterschaft, deren Bestrebungen dahin gehen, die Arbeiter in geistiger und wirtschaftlicher Beziehung auf ein höheres Niveau zu heben, befaßt sich mit den allerschwersten Mitteln, verweigert ihnen die Lokale, macht sie unzugänglich. Dieser Umstand müßte jedem Arbeiter die Schamröte ins Gesicht treiben. In die Arbeiterschaft, ist unser Streben denn verächtlich, daß sich ein Wort schämen muß, uns seinen Saal zu geben? Kein Arbeiter, der Ehrgefühl hat, darf in Parteilichkeit verfahren, die uns ihre Södde verweigern. Der Herr Wilhelm Hechmann ereifert sich sehr; er schlug erregt auf den Tisch, als ihn vor kurzem ein Kamerad um seine Lokalitäten anging. Er wollte uns anzeigen, wenn noch etwas über ihn in der Arbeiterpresse steht. Nur, wie können Herrn Wilhelm Hechmann nur verraten, daß, je länger er seine Lokalitäten der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stellt, er seinen Namen immer und immer wieder finden wird. Gleichzeitig möchten wir ihn aber bitten, uns nur anzugehen, vielleicht füllen sich durch seine Lokalitäten wieder! Für die organisierte Arbeiterschaft heißt es aus neue: Weibet die Lokalitäten der Wirt Wilhelm Hechmann nach! **Wuppertal.**

**Oberbergamtsbezirk Bonn.**

**Schwafheim.** Wenn man die Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit der Kameraden sieht, sollte man glauben, diese wären auf jede Rheinpreußen auf Kosten geteilt. Wenn Aluhubm laufen sie nach und unterhalten dabei Worte, die wohl die Großen der Arbeiter gen sehen, ihnen aber zu Verarmungsworten, zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen, das Total verweigern. Diese Arbeiter scheinen nicht einmal zu fühlen, wie sehr sie sich durch ihr Verhalten selbst ins Gesicht schlagen, wie sehr sie das Gesamtinteresse schädigen. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse sind auf Rheinpreußen nicht die günstigsten, dafür hat der Arbeiter im vorigen Jahre aber auch 18 Millionen Mark Reingewinn in die Taschen gesteckt. 18 Millionen Mark Reingewinn und diejenigen, welche diesen Reingewinn geschaffen, müssen mit ihren Familien ein kümmerliches Dasein fristen. Dafür erhalten sie aber jetzt zum „Trost“ ein total verhungertes Knappschaffstatut. Man muß sich wirklich wundern über die Gleichgültigkeit und Gleichgültigkeit, mit der die Arbeiter trotzdem in den Tag hineinleben. Wie lange noch soll diese verderbliche Gleichgültigkeit andauern?

**Sannover, Braunschweig, Hessen-Nippe.**

**Wolprechtshausen.** Die Interessenlosigkeit und Gleichgültigkeit der hiesigen Bergarbeiter zeigte sich wieder einmal bei der am 23. September stattgefundenen Arbeiterauswahl vom 1. Juni 1 in gerabegu bebauertem Maße. Ganze 17 Mann waren von mehreren Hundert zur Wahl erschienen, um vielleicht auf Jahre hinaus über die so wichtige Frage der Interessenvertretung der gesamten Belegschaft zu entscheiden. Kameraden, eine derartige Gleichgültigkeit ist nicht zu entschuldigen. Mögen auch durch das Gesetz die Rechte des Arbeiterauschusses der Grubenverwaltung gegenüber recht eng begrenzt sein, so hat es die Belegschaft doch in der Hand, durch Einigkeit und zielbewusstes Vorgehen vermehrt das Ausmaß des Arbeitsverhältnisses zu verbessern. Durch eure Gleichgültigkeit wird allerdings der Arbeiterauschuss stets ein Messer ohne Klinge bleiben, an dem noch dazu das Best fehlt. Welch hoch die Grubenverwaltung, daß der Ausschuss infolge eurer Gleichgültigkeit nicht allzu viel riskieren kann und wird ihn auch danach behandeln. Wenn bei eurer Gleichgültigkeit der Arbeiterauschuss dann oft nichts unternimmt, so ist das begreiflich. Muß er nicht bei eurer Gleichgültigkeit das Gesetz haben, zwischen zwei Stühlen zu sitzen, von der Verwaltung gemäßigert und von der Belegschaft im Stich gelassen zu werden? Ist es da ein Wunder, wenn oft Schmarotzer und Lebdiener in den Ausschuss hineinkommen und die Interessen der Belegschaft mit Füßen treten? Kameraden, eure Gleichgültigkeit wird sich einmal bitter an euch rächen. Es muß gefagt werden, wenn die Mißstände sich häufen und Unglücksfälle über Unglücksfälle vorkommen, wenn Lohm- und Arbeitsverhältnisse schlechte sind, so habt ihr das durch eure Gleichgültigkeit selbst verschuldet. Mit eurer Gleichgültigkeit kommt es dahin, wie es vorletztes Jahr war. Immer schlechter werden die Arbeitsverhältnisse, und wenn es nicht mehr geht, dann schreit man nach Streik. Dann müßte man die Verwaltung vor Verzweiflung umbringen, um sich 14 Tage später im Aluhubm wieder kräftlich in den Armen zu liegen. Kameraden, das ist nicht die Art von denkenden Arbeitern. Hinein in den Verband, das ist treues Mitglied am Verband festgehalten, die Versammlungen immer besucht, die Arbeiterpreise gelesen! Das sind die Mittel, die zur schrittweisen, aber dauernden Besserung führen. Vereint in der Organisation müßt ihr gemeinsam Hand in Hand nach vorwärts streben. Tut ihr das, dann werden auch Kameraden in den Arbeiterauschuss kommen, die das Herz haben Arbeiterinteressen zu vertreten. Dann wird es auch möglich sein durch den Ausschuss noch manches ohne Streik zu bessern, aber auch nur, wenn die Organisation gut dasteht.

**Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.**

**Stollberg.** Am 16. und 17. September wurde vor dem Schöffengericht in Stollberg die Verchtigungsklage des Direktors der Kaisergrube (Kneifel) gegen unseren Bezirksleiter Kamerad Krause verhandelt. Dem Prozeß liegt folgendes zugrunde: In Nr. 4 der „Bergarbeiter-Zeitung“ ist ein Artikel veröffentlicht, durch den sich der Vergarbeiter Kneifel beleidigt fühlt. Der Artikel trägt die Uberschrift: „Steinkohlenwerk Kaisergrube. Helft, wer helfen kann!“ In dem Artikel werden die auf der Kaisergrube herrschenden Zustände einer scharfen Kritik unterzogen; unter anderem wird darin gesagt, daß auf den Gruben das Unterbewußtsein in schäblicher Weise herrscht. Die Hauptfrage sei, viel Kohlen zu fördern, ohne Rücksicht darauf, ob Leben und Gesundheit der Arbeiter genügend geschützt seien. Auf Revier I fehlen vielfach Kappen und Stempel. Der Vergarbeiter stehe stets mit einem Fuße im Grabe usw. Bergdirektor Kneifel fühlt sich aber auch noch durch eine Versammlungsrede Krauses beleidigt. In einer öffentlichen Vergarbeiterversammlung hat er die Zustände besprochen und ebenfalls scharf kritisiert. In der genannten Versammlung hat nun Kamerad Krause zugegeben, den Artikel in der „Bergarbeiter-Zeitung“ geschrieben zu haben. Ein großer Gegenapparat ist von beiden Seiten aufgegeben und die Verhandlungen nahmen zwei Tage in Anspruch. Sämtliche Zeugen sind auf der Kaisergrube beschäftigt und machen den Eindruck großer Befangenheit. Raum mangels halber können wir leider nur einige Zeigenaussagen herausgreifen. Zeuge Knobloch erklärte, auf Revier I ging das Fördern nicht gut. Die Hunde gingen nicht durch, weil die Kappen zu eng waren. Wenn die Stempel weggehakt waren, wurden nicht gleich neue geschafft, mitunter dauerte es einige Tage. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Zustände besonders schlecht waren, sagte der Zeuge nach einigem Zögern: Gut waren sie nicht. Der Zeuge Wänzel erklärte, man konnte auf der fünfter Strecke kaum durchkommen, man mußte auf allen Vieres kriechen, denn Stempel und Kappen waren zu niedrig. Wenn regelrechten Fahrten möglich sein soll, muß die Strecke 1,50 Meter hoch sein. Weiter habe es stets an Holz gemangelt, wodurch nicht regelrecht verbaut werden konnte. Wiederholt angebrachte Beschwerden hatten keinen Erfolg. Ein besonders empfindlicher Uebelstand lag darin, daß der Bergmann das Gezüge selbst an die Arbeitsstelle schleppen mußte, was bei den engen Verhältnissen sehr beschwerlich war; mußte doch sogar herausgehakt werden, damit nur der Hund durchging. Stellenweise waren überhaupt keine Baue vorhanden, trotzdem nach baupolizeilichen Vorschriften solche nicht fehlen dürfen. Die in Frage kommende Strecke war so niedrig, daß der Hund nicht über die Schienen herausgehoben werden konnte. Dadurch, daß sich die Kibellammer direkt an der Förderkammer befand, entstand schlechter Geruch. Desinfektionspulver war meistens nicht da. Nach dem Erscheinen des Artikels in der „Bergarbeiter-Zeitung“ wurde ausreichend Desinfektionspulver zur Verfügung gestellt. Auf die Frage des Direktors Kneifel, ob der Holz mangel nicht gemeldet worden sei, antwortete Zeuge, daß das wohl geschehen sei, genügt habe es aber nicht. Der Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Neumeister-Schennig, fragte ganz überflüssigerweise, ob der Zeuge Mitglied des Vergarbeiterverbandes sei und ob er dem Angeklagten das Material gegeben habe. Seine Verbandsmitgliedschaft gab Zeuge zu, während er die zweite Frage entschieden verneinte. Zeuge Wöhe vom Revier 2 sagte aus, daß der Paß 5 sehr niedrig und eng war. Besonders erschwert wurde das Passieren dieses Passes dadurch, daß das Gezüge mitgenommen werden mußte. Beim Durchkriechen bestiehe man sich den Kopf und Rücken. Beschwert man sich, so müßt das nichts. Bezüglich der Kibellammer beklagt sich der Zeuge über den schlechten Geruch, der verbreitet wird; Desinfektionsmittel seien nicht genügend vorhanden. Wenn die Kammer offen ständen, so liege das daran, daß der Beschluß nicht funktioniere. Weiter klagte er ebenfalls über Mangel an Holz. Es fehlten mitunter ganze Verbäue. Bei der Fragestellung durch den Verteidiger ermahnte der Vorsitzende diesen, sich doch kurz zu fassen, damit die Geschichte heute beendet werden könne. Rechtsanwalt Weiner antwortete darauf, daß er als Beweisführer öfter Fragen stellen müßte; es komme auf eine halbe oder eine Stunde nicht an. Zeuge Kinder sagte im wesentlichen das selbe aus. Wiederholtes Fragen durch den Verteidiger brachte die Bestätigung verschiedener Uebelstände heraus. Die von der Beche geladenen Zeugen suchten diese Aussagen abzugewöhnen. Der Obersteiger Kolb bezeugte das in dem Artikel gesagte als übertrieben. Die geschilberten Mißstände beständen nicht. Es sei alles getan worden, um Gefahren zu beseitigen und Angstfälle zu verhüten. Eine Vorschrift, das Gezüge mitzunehmen, bestiehe nicht; wenn dies dennoch geschehe, so beweise das nur, daß es mit dem Paß nicht so schlimm war. Weiter habe er den Steigern gegenüber angeordnet, daß das Gezüge nicht mitgenommen werden dürfe, die Steiger haben aber allem Anschein nach den Leuten nichts gesagt. Im Übrigen hat der Obersteiger alles in bester Ordnung befunden und sagte demgemäß auch aus. Die Frage des Sachverständigen, ob genügend Holz vorhanden gewesen seien, um die Sicherheit zu gewährleisten, bejahte der Obersteiger. Aus dem über das Revier 2 abgegebenen Gutachten des Sachverständigen, Vergarbeiter Müller, ist folgendes hervorzuheben: Einige Stellen sind wohl niedrig gewesen, Gefahr habe das aber nicht gehabt. Eine bestimmte Höhe sei auch nicht vorgeschrieben. Die bergpolizeilichen Vorschriften seien eingehalten worden, die Betriebsverhältnisse treffe jedoch keinerlei Schuld. Manches sei auch aus den

Waldenburger Revier“ erklärte. In Bezug auf das Gezüge schleppen erklärte er, daß dieses soweit als möglich mit Händen befördert werden solle. Dies ist den Leuten aus Versehen nicht bekannt gemacht worden. Wesentliche Mißstände habe er nicht bemerkt. Was den Holz mangel anbetreffe, so sei gesagt, daß die Einstellung des Betriebes angeordnet werden kann, wenn nicht genügend Holz vorhanden sei. Er (der Sachverständige) habe aber die Wahrnehmung gemacht, daß Holz genügend da war. Wenn einige behaupteten, daß Mangel herrsche, so könne das nur an der ungleichmäßigen Verteilung liegen. Konstatiert sei hierbei, daß die Wahrnehmung einer Anzahl vom Angeklagten benannter wichtiger Zeugen abgelehnt worden war. Dann kamen die gerügten Uebelstände im Revier 3 zur Erörterung. Zeuge Freitag sagte aus, daß hier ein Mann nicht imstande war, einen Hund durchzuführen. Einer wurde an den anderen angeprallt, damit der erste durchging. Nach Ulfzählung einer Reihe anderer Mißstände konstatierte der Zeuge, daß es nach dem Erscheinen des Artikels in der „Bergarbeiter-Zeitung“ besser geworden sei. Die Wetterkriterien waren auf der Hauptgründstücke vorhanden, sie schlossen aber nicht so genau, wie es nötig ist. Derartige kann vermieden werden, wenn rechtzeitig für Abhilfe gesorgt wird. Zum Schluß betonte der Zeuge noch einmal, daß nach den Artikeln mit Schwing umgebaut worden sei. Die Zeugen Künzer, Bräy und Obersteiger Kolb versuchten diese Aussage abzuwöhnen. Besterer erklärte, daß die Wetterkriterien in Ordnung waren. Die Türen seien sogar wiederholt geöffnet worden, ohne daß Gefahr dabei war. Der Sachverständige, der auch als Zeuge geladen ist, weil er die Grube besahen hat, sagte aus, daß der Zustand nicht derartig war, daß man von verklumpeter Betriebswirtschaft reden könne. Einzelnes könne ja vorkommen, das bedingen die Bergverhältnisse. Holz mangel komme in jeder Grube einmal mit vor. In dem Gutachten, das er daraufhin abgab, sprach er die Verantwortlichkeit von Schuld frei. Wenn Wetterkriterien nicht in Ordnung seien, so liege das daran, daß die Leute nichts wußten. Ein eigentliches Gutachten könne er deshalb in diesem Falle nicht abgeben. Das Offenstellenlassen komme häufig vor. Gefahr bestiehe aber dabei nicht. Das Urteil lautet gegen unseren Kameraden Krause auf einen Monat Gefängnis; außerdem wurde dem Kläger Publikationsbefugnis in der „Bergarbeiter-Zeitung“ und der „Volksstimme“ zugesprochen. Die zugleich miterteilte Widerklage des Kameraden Krause gegen Kneifel hatte das Ergebnis, daß Kneifel zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Kneifel hatte mit Beziehung auf Krause von Schmerzenskräften gesprochen. Wir begnügen uns mit der Gegenüberstellung dieser beiden Urteile, ein Kommentar könnte die Wirkung nur abschwächen. Unser Kamerad Krause hatte in seinem Artikel die Mißstände auf Kaisergrube in ruhiger, sachlicher Weise einer eingehenden Kritik unterzogen, ohne dem Direktor Kneifel persönlich irgendwelche zu nahe zu treten oder auch nur seinen Namen zu nennen. Für dieses Verbrechen erhielt er einen Monat Gefängnis. Direktor Kneifel hatte unseren Kameraden Krause ohne jeden Urtah einen Schmerzenskräften genannt, dafür erhielt er 15 Mark Geldstrafe. So gehen von Rechts wegen!

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**

**Waldenburg.** Durch ein Flugblatt, betitelt „Bergarbeiter im Waldenburger Revier“, führte sich Herr Emert, Sekretär der hiesigen Reichstreuen Verein, beleidigt und strengte Klage an gegen den Unterzeichner dieses Flugblattes, Kameraden Tholl. Am 4. Oktober fand nun die Verhandlung dieserhalb am hiesigen Schöffengericht statt. Tholl, welcher wegen beleidigender Artikel im „Fleckenabend“ (Organ der Reichstreuen) Widerklage erhoben hatte, wurde zu 100 Mark Geldstrafe bzw. zehn Tagen Gefängnis, Emert dagegen zu 10 Mark Geldstrafe bzw. ein Tag Gefängnis verurteilt. Die Kosten wurden zu neun Zehntel dem Kameraden Tholl, zu einem Zehntel dem Sekretär Emert auferlegt. Außerdem wurde dem Sekretär Emert Publikationsbefugnis in „Fleckenabend“, „Volksvocht“ und „Bergarbeiter-Zeitung“, dem Kameraden Tholl jedoch nur solche im „Fleckenabend“ zuerkannt.

**Süddeutschland und Reichslande.**

**Bohringen.** Er sprach seine Befriedigung über die Arbeiterwohnungen aus. Der italienische Handelsminister stattete den lothringischen Werken seinen Besuch ab, man führte ihn in verschiedene Arbeiterwohnungen und er sprach sich sehr befriedigt darüber aus. So zu lesen in den bürgerlichen Zeitungen. Hat wirklich der italienische Minister die Wohnungen seiner Landsleute gesehen und sich befriedigt darüber ausgesprochen, so geht dem Herrn, man möge uns das harte Wort nicht verübeln, jedes soziale Empfinden ab. Doch glauben wir nicht, daß er die „Höhlen“ gesehen hat, wo seine Landsleute noch hausen, denn dort Wohnungen kann man schon nicht mehr sprechen, wenn man das große Kollonienhaus in Hofflingen ansieht, wo hundende von Familien zusammengepöckelt wohnen. Hier, ihr Gewerker, führt nächstens den italienischen Minister hin und er wird euch ins Gesicht sagen, daß ein neapolitanischer Lazaroni noch besser wohnt, wie seine armen Landsleute im sozialfortgeschrittenen Deutschland — Bohringen.

**Einschränkung der Freizügigkeit in Lothringen.** Die Sache ist mein, ich will vergehen, so sprachen die so „frommen“ und „patriotischen“ Grubenmagnaten Lothringens nach dem Streik und führten die Sperre ein, die, wie man vernimmt, von dem Unternehmerkonsortium noch bis zum 1. Januar ausgedehnt wurde. Doch nicht genug damit, daß man diejenigen, welche die „Sünde“ begangen haben, zu streifen, nicht mehr auf ihrer früheren Arbeitsstätte einstellt, man geht noch weiter. Unerhört ist es, was sich die Unternehmer in unserem Staate, mit den so „weit ausgebreiteten Rechtsgarantien“, alles erlauben. Die Kameraden, welchen es auf einer Grube nicht mehr paßt und die deshalb ihre Abkehr nehmen, können von Pontius zu Pilatus laufen, man hat auf den Gruben keine Arbeit für sie. Die Kameraden sind gewissermaßen an die Gruben, wo sie jetzt arbeiten, mit Leib und Seele verkauft. Verdienen sie noch so schlecht, ist die Behandlung noch so rigoros, sie können nicht flüchten, wollen sie nicht wochenlang auf der Straße liegen, denn mit verschwindenden Ausnahmen gibt es für die, welche abkehren auf einer Grube, keine Arbeit auf der andern. Nicht vielleicht weil alle Arbeitsorte besetzt sind, dies kann nicht sein, denn tagtäglich werden Ausländer angenommen. Mein, weil man den Arbeitern zeigen will, welche Macht das gut organisierte Unternehmertum besitzt. Unser Bezirksleiter, Kamerad Wilmann, hat nun an den Reichsanwalt Wölö eine Eingabe gefandt, wo er über diese Einschränkung der Freizügigkeit Beschwerde führt und energisch auf Abschaffung dieser modernen Sklaverei dringt. Man darf neugierig sein, ob die Herren am gelünen Tisch in dem schönen Vorgehen des Unternehmertums wirklich wieder nichts verabschweigenswürdiges und dem Gesetze widersprechendes finden. Was sonst versucht man auf alle Art und Weise diejenigen Kameraden, welche mit streikten, müde zu machen; schlechte Arbeit und schlechter Verdienst, damit sucht man bei den Kameraden jeden freien Gedanken zu unterdrücken. Solchen Leuten dagegen, welche „brav“ waren, d. h. ihren Kameraden zur Streikzeit in den Rücken fielen, läßt man schön verdienen, um zu zeigen, wie das Unternehmertum seine Lieblinge belohnt. Nun, mögen diese Leute ihre Silberlinge einstecken, auch die Zeit wird kommen, wo sie es bereuen, sich nicht ihren organisierten Kameraden angeschlossen zu haben, oder sich noch anzuschließen. Wohl benutzt das Unternehmertum den Verräter, aber es verachtet ihn auch und diese Verachtung wird einst den Speichel lecken im vollen Maße und zwar von Arbeiter — wie Unternehmerteile zuteil werden. Besonders wird auf Grube Hofflingen geklagt, daß bis jetzt noch „Arbeitsmüde“ die Lieblinge der Herren Beamten sind. Mögen diese Schlicher der Unternehmerteilhaber nur daran denken, wie man ihren Standesgenossen, den Steigern die sich eine Organisation in Westfalen geschaffen, mißfällt, dann werden sie absolut keine Sympathie mehr für Unorganisierte fühlen. Das rigorose Vorgehen der Unternehmer läßt darauf schließen, daß sie jetzt bei Eintritt des Winters noch gar zu gerne die Vergarbeiter zu einem neuen Streik treiben möchten, der bei der großen Masse der noch Unorganisierten leicht verderblich für die Organisationen werden könnte. Aber unsere organisierten Kameraden lassen sich nicht von den Grubenmagnaten hinreißen, sondern sie wissen, daß nur dann, wenn die Mehrzahl der Kameraden organisiert, etwas zu erreichen ist und allüberall suchen sie deshalb den Organisationsgedanken zu verbreiten und die indifferenten dem Verbands anzuschließen. Nicht geschenkt soll dem Unternehmertum sein schroffes Vorgehen werden, doch die Abrechnung halten wir, wenn uns die Zeit günstig scheint und nicht, wenn es dem Unternehmertum und seinen heimlichen Freunden paßt würde.

**Lohnbewegungen und Streiks.**

**Das Ende des Niederlausitzer Bergarbeiterstreiks.** Durch den Bergmeister Richter war der Streikleitung ein Schreiben zugegangen, wonach die Unternehmer gern verhandeln würden — aber nur mit den Arbeiterauschüssen. 23 Werke kamen in Frage, von diesen standen 21 Ausschußmitglieder im Streik, 48 waren zu Streikbrechern geworden, die ersetzt werden mußten durch Streikende

Die so gebildeten Kommissionen — je drei Mann für ein Werk — gingen zu den Direktoren. Sofort verständigten sich diese und traten zu einer Sitzung zusammen. Das Resultat wurde den Kommissionen nachmittags oder am anderen Tage früh mitgeteilt. Wichtige, in rechts verbindlicher Form gehaltene, schriftliche Zusagen sind nirgends gemacht worden.

Die Neunfundendfacht ist abgelehnt, später ließe sich darüber reden. Ein Mindestlohn ist abgelehnt, Lohnrückstellungen sollen spätestens am 1. April 1908 eintreten. (In diesem Termin treten Preis-erhöhungen um 16 Proz. ein.) Die achtstägige Lohnzahlung soll eingeführt und Freitag ausgenommen werden. Die Lohnrückstellungen für Fabrikarbeiter werden teilweise mit der Begründung abgelehnt, weil diese nicht mitwirkten (!) Eine Sperre erkennen die Unternehmer als bestehend nicht an.

Die Forderungen 4—9 betreffen die Lieferung des Grubenholzes vor die Arbeiter, Beschaffung von Trinkwasser in Gruben und Gabeln, Herstellung ausreichender Wabeanstalten und Umkleieräume, Transportmittel für Verletzte und Kranke, humane Behandlung durch die Beamten, vollste Bewegungsfreiheit der in Werkshäusern und Kasernen wohnenden Arbeiter. Hierin sind überall Zusagen gemacht worden. Hauptächlich in Bezug auf Herstellung der Wabeanstalten und Beschaffung von Krankentransportmitteln usw. Sogar Belohnungen sind den Leuten gezeigt worden, monach die Ausführungen erfolgen sollen.

Punkt 10 betraf Wiederanstellung aller Streikenden an ihre alten Plätze. Einzelne Verwaltungen haben darauf geantwortet, es solle „alles vergeben“ sein, andere wollen alle einstellen, weitere nur „soweit Plätze frei“, einige haben sofort bestimmte Personen (Arbeiter) ausgeschieden. Eine Direktorenbestimmte: „Weshalb, die sich fleghaft benommen haben, werden nicht wieder eingestellt.“ Damit war allerdings nur der Vertrauensmann gemeint, der für den Zustand agitiert hatte.

Das Resultat der Verhandlungen wurde in sechs großen Versammlungen bekannt gegeben. Nach teilweise erregter Debatte wurde gebilligt abgestimmt. Es war fast genau die Hälfte aller Streikenden für Fortsetzung des Kampfes, die kleinere Hälfte für Streikabbruch. Schwer war es, die Leuten zur Einsicht zu bringen, die sich von den Verhandlungen mehr versprochen hatten. Diejenigen Werke, welche die meisten Streikbrecher hatten, haben überhaupt Verhandlungen abgelehnt, eine Direktorenbestimmte sogar mit „Kloppschußreduktionen“!

Die Empörung war aber aufs höchste gestiegen. Bei einer Preisgelei hatte ein 19jähriger Arbeitswilliger einen Schlag auf den Kopf bekommen, den er anfänglich nicht beachtete, der aber wohl schließlich seinen Tod herbeigeführt hat. Weitere 40 Ermittlungsakten endeten mit Verurteilung und Nahrung nach drei Tagen. Es ist zu schaffern für die Familien war unmöglich. So mußte bei oben angegebener geringen Erfolgs der Streik beendet werden. Es war ein Klassenkampf in Reinkultur!

**Waldburg.** Wie schon in voriger Nummer dieser Zeitung kurz gemeldet wurde, fand am Sonntag den 8. Oktober im Gasthof „Zum Heim“ in Sorgau die zweite Konferenz der niederschlesischen Bergarbeiter statt. Als Vertreter des Verbandsvorstandes nahmen die Kameraden Scheiber und Hufmann an der Konferenz teil. Der Zweck derselben war, über weitere Schritte in der Lohnbewegung zu beraten. Zunächst erstatteten die anwesenden Mitglieder der Grubenaussschüsse Bericht über die Ausschüßungen. Aus allen Berichten konnte man heraus hören, daß die Grubendirektoren absolut nicht gewillt sind, eine Lohn-erhöhung einzutreten zu lassen. Weiter wurde von den Delegierten berichtet, in welcher Weise man versucht hat, die Ausschüßungsmitglieder einzuschüßeln und sie von dem Besuch der Konferenz abzuhalten. Doch nicht nur dieses, das Unterlassen der Klündigungsakten hatte die Grubendirektoren — besonders die fürstliche — so in Aufregung versetzt, daß sie tatsächlich nicht wußte, was sie anfangen sollte. Doch in letzter Stunde glaubte man das richtige Gegenmittel gegen die Maßnahmen der Organisation entdeckt zu haben. Man hatte nichts eiligeres zu tun, als die treuen Schäflein folgende Erklärung unterschreiben zu lassen:

„Unterszeichnete erklären hiermit, daß sie das von Bergarbeiterverband gewählte Mittel, durch Waffenkündigung und Streikandrohung Lohnaufbesserung von der Werkverwaltung zu erzwingen, für falsch und für geeignet halten, das gute Einvernehmen zwischen Werkverwaltung und Belegschaft zu fördern. Sie verpflichten sich hiermit durch eigenhändige Unterschrift, von jeder Waffenkündigung und jedem Streik abzusehen.“

Viele Unterzeichner man zusammen gebracht hat, konnten die Delegierten nicht feststellen. Das Vorgehen der fürstlichen Verwaltung ist sehr interessant, beweist es doch wieder mal gar zu deutlich, mit welchen Zwangs- und Gewaltmaßnahmen dort gearbeitet wird. Nachdem jetzt 18 Delegierte nacheinander das Wort genommen und Bericht erstattet hatten, ergreift Kamerad Hufmann das Wort. Medner kam nach reichlicher Ueberlegung zu dem Resultat, daß unter den gegebenen Umständen von einem Streik abgesehen werden mußte und zwar deshalb, weil noch zu wenig Klündigungsakten unterschrieben worden seien. Er schlug folgende Resolution vor:

„1. Da die Werkverwaltungen in der Mehrheit versprochen haben, den möglichen Mißschlag um 1,50 Mk. zu erhöhen und dieses Geständnis bereits teilweise durchgeführt ist, 2. da des weiteren einige Werkverwaltungen Versprechungen gemacht haben, dahingehend, daß sie in nächster Zeit auf die Lohnforderungen zurückkommen werden, so beschließt die Konferenz, daß die Klündigungsformulare nicht eingereicht werden und empfiehlt den Belegschaften eine abwartende Stellung einzunehmen. Sollten diese Versprechungen jedoch nicht eingestiftet werden, so werden die Bergarbeiter von neuem zu der Lohnforderung Stellung nehmen.“

Kamerad Teuber-Dittersbach stellt demgegenüber folgenden Antrag: „Die Konferenz lehnt die Resolution Hufmann ab und überweist die weitere Beschlussfassung über die weitere zu unternehmenden Schritte den Belegschaftsversammlungen.“

Die nun folgende Debatte war sehr erregt. Fast schien es, daß die Resolution Hufmann abgelehnt werden würde, doch bei der geheimen Abstimmung wurde dieselbe mit 34 gegen 21 Stimmen angenommen. Zum Schluß nahm die Konferenz noch zu dem Entwurf zum Knappschäftsstatut Stellung. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „In Erwägung, daß die niederschlesischen Knappschäftsverhältnisse schon bisher traurige waren, jetzt aber noch mehr verschlechtert werden sollen, fordert die Konferenz alle Vertreter an, in der am 28. Oktober stattfindenden Generalversammlung den jetzigen Entwurf abzulehnen und mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß Verbesserungen in diesen Entwurf hineinkommen.“

Wenn die Lohnbewegung keine Lohnrückbildung nur eine Abschlagsrückbildung gebracht hat, so ist das zwar zu bedauern, doch haben wir dieses der Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit der Kameraden zu verdanken. Gärten sich die Kameraden noch mehr der Organisation angeschlossen, würden sie auch allemot die Klündigungsakten unterschreiben haben, wir sind überzeugt, es hätte mehr erreicht werden können. Wächst aller Kameraden ist es, das Versäumte nachzuholen. Ein jeder muß werden und agitieren, damit in nächster Zeit die Organisation so gestärkt wird, daß dann mit vereinten Kräften vorgegangen werden kann. Daß der

Verband der Bergarbeiter Deutschlands die einzige Arbeiterorganisation der Vergleute ist, hat die Lohnbewegung aufs neue bewiesen. Alle anderen Organisationen, Bischöfe, katholische Fachabteilung usw. haben während dieser Zeit tüchtig Dienste dem Grubenkapital geleistet. Sie alle haben sich den Titel Streikbrecherorganisation ehrlich verdient. Daß der Verband der Bergarbeiter Deutschlands den Bergarbeitern schon viel genützt hat, muß jeder, der ehrlich ist, zugeben. Als neuer Beweis dafür muß die Handlungsweise des Direktors der Wenzelsgrube in Wölke angesehen werden. Dieser Herr hatte während der hiesigen Lohnbewegung und infolge dieser eine Belegschaftsversammlung auf dem Grubenhofe einberufen. Dort wurde den Leuten eine Lohnzulage von 20 Pfg. pro Schicht versprochen. Doch sollte selbige nicht auf einmal, sondern nach und nach gezahlt werden. Zum 1. April nächsten Jahres sollten die 20 Pfg. voll sein. Außerdem, so erklärte dieser Herr Direktor, der Streik bräche in Waldenburg aus, da müsse diese Lohnzulage bald voll gezahlt werden. Wörtlich ist es, ihr niederschlesischen Bergarbeiter? Schon allein die Tatsache, daß sich hier die Leute zum Kampfe rüsten oder eventuell noch eintreten, ist Grund genug, dort einen Grubendirektor mißra zu machen. Hier zeigt sich klar und deutlich, daß, wenn man jetzt schon so Angst vor der Organisation hat, dieses erst recht eintreten würde, wenn noch mehr Mitglieder vorhanden wären. Demgegenüber sage noch einer, die Organisation nütze nichts.

### Aufruf. Arbeiter und Arbeiterfrauen!

Seit Jahren kämpfen die Handelsangestellten zwecks Verkürzung der Überlangen täglichen Arbeitszeit um die allgemeine Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses. An eine Erreichung dieses Zieles durch die gewerkschaftliche Aktion ist in Anbetracht der Organisationsverhältnisse unter den Handelsangestellten zurzeit nicht zu denken, der Achtuhr-Ladenschluß kann gegenwärtig nur durch eine Maßnahme der Belegschaft erreicht werden. Nach der Gewerbeordnung kann zwar der Achtuhr-Ladenschluß auf Antrag der Geschäftsinhaber durch Ortsgericht eingeführt werden, was dank der unausgesetzten Bemühungen der Angestellten verschiedentlich auch geschehen ist, aber in den meisten Orten leidet das kurzfristige und egoistische Unternehmertum energischen Widerstand. Die Angestellten fordern daher den reichsgesetzlichen Achtuhr-Ladenschluß. Auch hiergegen wehren sich die Unternehmer und zwar berufen sie sich darauf, daß mit Rücksicht auf die konsumierende Arbeiterschaft der Achtuhr-Ladenschluß nicht eingeführt werden könne. Dasselbe behaupten sie von der Sonntagsruhe. Die Arbeiterschaft kann aber nicht ruhig zusehen, wie das heuchlerische Unternehmertum, das sonst nicht nach den Interessen der Arbeiter fragt, eine Kategorie der arbeitenden Bevölkerung gegen die andere ausspielt.

Die unterzeichnete Kommission erklärt daher, daß sie den Forderungen der Handelsangestellten durchaus sympathisch gegenübersteht. Sie erwartet, daß die Wünsche der Angestellten und speziell ihre Forderungen nach dem reichsgesetzlichen Achtuhr-Ladenschluß und der Sonntagsruhe bei der Befolgung eintreten wird und daß die gebührende Berücksichtigung finden. An die Arbeiterschaft richten wir das Ersuchen, die Handelsangestellten in ihrem Kampfe dadurch zu unterstützen, daß jeder Einkauf nach 8 Uhr abends unterlassen wird und auch die Sonntagseinkäufe vermieden werden. In den Kaufmännereien möge jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau auf die Durchföhrung des Achtuhr-Ladenschlusses und der Sonntagsruhe hinwirken — soweit diese Forderungen nicht bereits erfüllt sind — und im übrigen bei Einkäufen solche Kaufleute bevorzugen, die ihren Angestellten die Sonntagsruhe gewähren und den Achtuhr-Ladenschluß eingeföhrt haben.

Arbeiter und Arbeiterfrauen, kauft nicht nach 8 Uhr abends und nicht Sonntags ein. Die Partei- und Gewerkschaftspressen wird gebeten, dieser Aufforderung durch Abdruck die weiteste Verbreitung zu sichern. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Legien.

### Erklärung.

Am 5. Oktober wurde mir „Der Bergarbeiter“ Nummer 40, Organ des S.-D. Gewerksverein, unter Kreuzband zugesandt. Darin befindet sich ein Artikel der sich auch mit meiner Person befaßt und worin es unter anderem heißt: „Am 13. September traf unser Kamerad Schläffe mit mehreren Mitverbänden in der Wirtschaft Dach zusammen. Einer dieser Dirschensprecher trat nun an Schläffe heran mit dem Ansinnen, er solle die „Arbeiterzeitung“ abonnieren. Als Schläffe dieses ablehnte, äußerte sich der Knappschäftsälteste Wächter folgendermaßen über unsern Kameraden: Das ist einer von den Hirschen, welche wöchentlich 50 Pfg. zahlen und dafür monatlich 8 Mk. Staufenlohn erhalten, von welchem sie aber nichts zu sehen bekommen; der darf natürlich keine „Arbeiterzeitung“ halten.“ Zu diesen Ausführungen habe ich zu bemerken: Ob ich überhaupt am 13. September in der Wirtschaft Dach gewesen bin, weiß ich nicht, aber das weiß ich bestimmt, daß ich weder einen Schläffe kenne, noch mich an einem derartigen Zwiesprache beteiligt habe, denn nach auch einen derartigen Lufium nicht gefahrt haben kann, wie mir von dem Artikelredakteur im „Bergarbeiter“ untergeschoben wird. Ueberdies weiß ich genau, daß die Mitglieder des S.-D. Gewerksvereins früher 25 Pfg. pro Woche zahlten (ohne die Beihilfsklasse) und daß auf der letzten Generalversammlung die Beiträge von 25 auf 30 Pfg. erhöht worden sind. Auch bin ich der Ansicht wie der Artikelredakteur Starke, daß es in dieser bewegten Zeit nicht am Platze ist, sich zu streiten, sondern daß wir weit wichtigere Aufgaben zu erfüllen haben. Dem Kameraden Starke aber möchte ich zum Schluß empfehlen, wenn er wieder einen derartigen Artikel schreibt, mehr Vorsicht walten zu lassen und zunächst die Erundigungen einzuschicken, ob das Berichtete auch auf Wahrheit beruht. Denn es ist leicht, einem Menschen die Ehre abzuschnneiden, aber nicht so leicht, ihm dieselbe wieder zu geben. Heinrich Wächter, Knappschäftsältester.

### Briefkasten.

Kamerad Max Gärtner. Wir haben Deinen Bericht zurickgestellt mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation. Du wirst doch auch gefunden haben, daß wir uns in letzter Zeit jeder Polemik enthalten. — Kamerad Schläffe. Bericht mußte wegen großen Stoffandrang, — auch noch viele andere Berichte, zurickgestellt werden. — S. C., Vorbeck. Bericht kam zu spät.

### Verbandsnachrichten.

**An die Ortsverwaltungen.** In letzter Zeit kam es öfters vor, daß hier Mitgliedsbücher vorgelegt wurden in welchen die Beitragsmarken vor dem Eintrittstag geklebt waren. Wir machen nochmals aufmerksam, daß nur vom wirklichen Eintrittstage ab die ersten Wochenbeiträge zu zahlen und zu leben sind. Denn die 28 oder 52-wöchentliche Karenzzeit wird nicht nach den schon vor dem im Buch verzeichneten Eintrittstage geklebten Marken, sondern nur nach dem wirklichen Eintrittsdatum berechnet, welcher im Mitgliedsbuch und unserm Hauptbuch steht. Wir bitten das streng zu beachten.

damit Streikgeiten vermieden werden. Ferner ersuchen wir alle Unterstüßungen und auch die An- und Abmeldungen der Mitglieds bei Fort- und Zugug in das Mitgliedsbuch gewissenhaft einzutragen. Der Vorstand.

**Achtung, Vertrauensleute und Boten!** Um eine geordnete Verfassung der Zeitung zu ermöglchen, ist es notwendig, daß alle Adressänderungen, Wechselbestellungen von Zeitungen usw. bis Samstag mittags im unferem Besitze sind.

**Katernberg II. Der Knappschäftsälteste Heingel wohnt Boll-vereinstraße 4a.**

**Gausham.** Ab 1. Oktober trägt der Kamerad Josef Dollinger die Verbandszeitung und liefert auch die Beiträge.

**Bücherrevision.** Hamm-Nord. Am 18. und 19. Oktober.

### Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Brandis, Westl. Zeitzg. Jeden Sonnabend nach dem 16. des Monats, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Krebs. Selbesh. Jeden dritten Sonnabend im Monat, im Gasthof in Selbesh. Marlesstein. Jeden Sonntag nach dem Festtag, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Dreher: Zahlung der Beiträge.

Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats: Ngringen (Lothringen). Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Ludw. Schmidt: Privatversammlung.

- Allen a. d. Elbe. (Beitragge fehlt) In der „Heimat“: Abend. Abends 8 Uhr, im Lokale der Frau Wittberg. Barock. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Witwe Kreuzberg. Beudorf. Vormittags 11 Uhr, im Gasthaus „Zum Walfater“. Beuthen und Woyberg. Nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftslokal in Woyberg. Bismarckhütte. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Rynast. Charlottenhof. Nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftslokal. Döhlen. Vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des Herrn Wiegand, Oberdöhlen. Deuben. Vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, im Restaurant des Herrn Kunath. Dorotheendorf. Vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftslokal. Drebkau. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Ruder. Gelsen. Nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, im „Wildeggarten“. Gelnau. Nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftslokal. Gelsbach. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Vaughelrich. Giesefeld. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Krebs. Giesewalde. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Raute in Schlatze. Groppenhieb. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Witke. Groß-Böhlitz. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Matze. Hohendorf. Nachmittags 5 Uhr, im Gasthaus „Zum Bergmannsgruß“. Jochwitz. Nachmittags 4 Uhr. Wo? sagt die Ortsverwaltung. Klein-Jabrye. Nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftslokal. Krentlingen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn J. Glatt. Königshütte I und II. Nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftslokal. Kropfenhieb. (Zeit- und Lokalangabe fehlt). Kauerberg i. Harz. Nachmittags 3 Uhr, im Schützenhaus. Lehnitz-Böhlitz. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Schlot, Dösa. Niesenthal-Galunberg. Nachmittags 4 Uhr. Lokal unbekannt. Niesenthal. Nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, in der „Kleinschule“. Niesenthal. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Sidner. Neu-Borsdorf. Nachmittags 6 Uhr. Restaurant „Zur Wärburg“. Neu-Wiese. Nachmittags 5 Uhr. Lokal des Herrn Wangel. Oberungwitz. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Engels. Poremba. Nachmittags 4 Uhr. Wo? sagt die Ortsverwaltung. Schweinitz-Löwenitz. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Rynast in Ober-Heidau. St. Dombrows. Nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftslokal. Strohberg. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Strohberg. Stolberg i. S. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Landgraf. Teuschenthal. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Weigert. Tathlungen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Biesberg. Wolfenbüttel. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Fricke, „Blauer Engel“. Wolfenbüttel. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wöberger in Gahr. Wöhren-Weendorf. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Weendorf. Zabeze B. Nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftslokal. Zaltenze. Nachmittags 4 Uhr. Zankerode. (Beitragge fehlt) Im Gasthof in Zankerode. Zwickau-Böhlitz. Nachmittags 7 Uhr, an bekannter Stelle.

Jeden Sonntag nach dem 17. des Monats: Neutischberg. (Beitragge fehlt) Im Lokale des Herrn K. Engel. Niederwiesenthal. Nachmittags 4 Uhr. (Lokalangabe fehlt).

Jeden Sonntag nach dem 18. des Monats: Ronnaden. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Witwe Sorg. Schlegel. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Ed. Stephan, Kolonie Leppelt.

- Jeden dritten Sonntag im Monat: Annendorf. Nachm. 3 Uhr, in „Burgschloßchen“ in Burg bei Annendorf-Stubdewell. Bergath. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Schmitz. Berndorf. Nachmittags 4 Uhr, im „Felsenkeller“. Bismarck. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Johann Schuler. Crammitz. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zur Wäge“. Dersa. Nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des Herrn Wieding in Altdersa. Gersdorf. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus „Gildhaus“. Gersdorf. Nachm. 3<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des Herrn Kapiga, Bahnhofs-Wirtschaft. Gersdorf-Weiß-Weendorf. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn F. K. Kaisergarten. Gersdorf. Abends 6 Uhr, im Gasthof „Zum grünen Tal“: Steuertag. Groß-Böhlitz. Nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des Herrn A. Schöneboigt. Hahnsdorf. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte-Dreue. Hohen-Bufang. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hubert in Hohen. Hosterhausen bei Wanne. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Carl Bergmann. Holzwickede. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Griefe, Schaufee. Kamen I. Nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des Herrn Gieselmann. Köfener-Neunitz. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Neunitz: Steuertag. Kruftel. Vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des Herrn F. Kasper in Buchschain. Lindenhorst. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Carl Selzer. Lindenau. Nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, im Gasthaus „Gild auf“ in Streckau. Marten. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Kortmann. Maßenerheide. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fritz Hilleringmann. Vortrag des Kameraden Wemshagen. Menzebe. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt. Obernassen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hermann Wilhelm. Ober-Sprockhöbel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ernst Hilgenrod. Quellenberg-Vergalamp. Delstau. (Zeit fehlt) Im Gasthof „Zum Anker“. Dettlingen. Nachmittags 1 Uhr, im Lokale des Herrn Tezi in Rühlingen. Schmidthorst. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Döheim. Stieringen. Nachmittags 4 Uhr. (Lokalangabe fehlt). Trebnitz. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Dötter. Tschau. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant des Herrn Gähler. Wanne. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Gumburg, Schluß. 24. Wendthagen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ficksbart.

**Sonntag, den 20. Oktober 1907:** Beetz, Gumborn II, Margloh, Altenrade und Dinslaken. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Stratum (Vertreter Severin) in Vauhsagen: Gemeinschafliche Zahlstellenversammlung. — Berichtstattung von internationalen Bergarbeiterkongress. Referent: Kamerad Jochmann, Altdersa. Bodum II (Kittzadt). Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kreuzgel, am Wollteppich. Vortrag des Kameraden Böbler.

Recklinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Franz Nade. Schwerterheide. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Emde, Döbergräfke. Giesebbe. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn K. Meschob: Steuertag. Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen.

**Bochum.** Die Gewerkschafts-Bibliothek ist jeden Sonntag, vormittags von 9<sup>1/2</sup> bis 11<sup>1/2</sup> Uhr u. jeden Mittwoch, abends von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer (links), Ringstraße, geöffnet. Um zahlreiche Benutzung wird ersucht.

**Noch ein Rest Ansichts-Karten** vom Verwaltungsgebäude ist zu dem billigen Preise von 2 Mk. pro 100 Stück bei sofortiger Bestellung zu haben.

H. Hansmann & Co., Bochum, Rönnehauserstraße 38-42.

**Dankfagung.** Für die überaus zahlreiche und herzliche Teilnahme an der Beerdigung meines lieben Mannes, sowie für die schöne Kranznahme sage ich der Zahlreiche Anen-Süb, demnächst der Arbeiter-Verein für den erhabenden Gesang meinen verbindlichsten Dank.

Witwe Joh. Heiböckel.

**Wohnungs-Verlegung nach Asseln!** Wir wohnen jetzt bei Herrn Schuhmachermeister L. Wilms, Rönnehauserstr. 103, und halten uns den Bewohnern von Asseln u. Umgegend bestens empfänglich. Gleichzeitig laden wir unserer Kundschaft in Neu-Asseln für das uns bisher geschenkte Vertrauen besten Dank und ersuchen, dasselbe uns auch fernrechtlich zu bewahren.

Konrad Schoele, Herrenkleidermacher. 444. Frau Schoele, Schanme.

**In einer Straffache** wird der Arbeiter Joseph Fabrawski, geboren am 13. Juni 1884 zu Mgonowitz, bringend als Zeuge gebraucht. Es wird gebeten, seinen Aufenthalt zu dem hiesigen Amt 7. J. 376/07 mitzuteilen.

Hannover, den 3. Oktober 1907. 440 Der Erste Staatsanwalt.

**Aufforderung.** Kameraden, denen der Aufenthalt des Mitglieds Carl Störöndel (auch Kalver genannt) Nr. 287207, geboren zu Währsch-Ottra, bekannt ist, werden gebeten, denselben an den Vertrauensmann Heinrich Wollwinkel, Einbed, Rönnehauserstr. 12, zu melden.

**Strickmaschinen** sind das beste Erwerbsmittel. Auch auf Teilschl. Nachr. Prachtatag geg. 30 Pfg. Briefe. W. Reich, Döbeln.

**Aufforderung.** Ich fordere hiermit den Bergmann Max Gütler, Kaiserstr. 66, Sektion VII Nr. 66, auf, sich innerhalb vier Wochen zu entschließen, ob er die Belegschaft zurücknehmen will. Er hat mich in der Urbe Court, als ich ihn mit Wollwoll begrüßte, mit Schlägen bedroht und als Stuhlanten und Bettler der Knappschäftsliste erklärt.

448 Johann Löpke.

**Vergessen Sie es nicht!** Lehmann & Assmy, Tuchfabrik Spremberg 58 verkaufen direkt auf Fabrik Anzug-, Paletot-, Joppen-, Hosen- u. Westen-Stoffe jedes Maß an Arbeit zu unerreicht billigen Preisen. 146f. Muster an jedermann franko.

**Broschüre** über die Verhandlungen des Jogen. kann von uns bezogen werden. Einzelbezug 15 Pfg. In Partien für organisierte Arbeiter Bestellungen erbeten an die Firma H. Hansmann & Co., Bochum, Rönnehauserstr. 38-42.

**Billig und gut!** Hierort die Musik-Instrum.-Fabrik Wolf & Comp., Klingenthal i. Sa. 687. Zentr. d. Harmon.-Fabrik ab. 7000 Arb., geg. Nachnahme an jedermann. Vorbezugt. prachtvollen Konz.-Zug-Harmonikas in über 160 Nr.-v. M. 2,75 an bis M. 140.-, Harmonikas u. Wiener Art. Überaus billige Violen., Klavi. u. Selbstlernschule 2. Jed. Harm. umsonst. Geigen, Zithern, Gitarren, Bandolons, Konzertflöten, Mundharm., Ocarinas, Blasinstrum., Sprechapparate, Musikwerk., usw. staunend billig. Prachtatag, 28.5.1907. stark. bunte Illustrationen, 2000 Abbild. an jedermann. Umsonst. Garantie: Zurückk., Geld retour. Zahlreiche amt. beilieg. Anzeigen.

**Jonass & Co.** Berlin SW. 258, Belle Allianzstraße 8. Sieferant des Deutschen Beamtenbundes. 1889

Liefern gegen kleine monatliche Teilzahlungen die besten Uhren u. Goldwaren. Zehnfacher Verkauf über 12.000 Uhren. Anekdote. Katalog mit über 1000 Abb. gratis u. foto.

